

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Lieferung im Voraus für Preuß.-Berlin 2.50 M., im voraus zahlbar. Für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 12.- M., für das übrige Ausland 15.50 M. jährlich Vorabzahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 12.- M. Redaktion und Expedition: Berlin 1920, G. Schiffbauerdamm 19 111, Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Interessenten sollen die achtseitige, vierseitige oder deren Raum 2.20 M. jährlich, 20% Erhöhung 1921, Familien- und Organisationsangehörigen die achtseitige, vierseitige 2.40 M., 20% Erhöhung 1921, Kleinstleistungen: Das Jahrgangspreis 1.15 M., jedes Heft 10 Pf. 10 Pf., 20% Erhöhung 1921, Familien- und Organisationsangehörigen das Jahrgangspreis 1.15 M., jedes Heft 10 Pf., 20% Erhöhung 1921. Inseraten-Abteilung: Berlin 1920, G. Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-08, 9768

# STREIFHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Militärische und zivile Willkür.

### Die aufgehobenen Verordnungen.

Fort mit dem ganzen Belagerungszustand!

Wie wir schon mitgeteilt haben, hat der Reichspräsident in Verbindung mit dem Reichsminister und dem Reichsminister des Innern am 11. April eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung im Reichsgebiet vom Präsidenten erlassenen Vorschriften mit Ausnahme derjenigen, die in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg und Münster zur Zeit in Kraft sind, aufgehoben sind. An Stelle dieser Verordnungen ist dann die neue Verordnung in Kraft getreten. Danach sind die durch die Ankertraktatsbestimmung einer Anzahl Artikel der Verfassung ausübenden Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Beschränkungen des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechebene, Anordnungen von Auslieferungen und Verhaftungen sowie Beschränkungen des Eigentums auf Regierungsbeamtensverordnungen übertragen worden. Nach einer Mitteilung, die gestern der Presse gemeldet worden ist, gelten in Preußen als Reichsministerkommissare die Oberpräsidenten. Sie allein sind jetzt befugt, Verordnungen zu erlassen und Maßnahmen zu treffen, die dem Ausnahmezustand entsprechen. Alle ohne Befehl des Zivilkommissars ausgeführten militärischen Eingriffe in die verfassungsmäßig garantierte Freiheit sind unzulässig. Weisungsbefehle sind jetzt nicht mehr das Reichswehrministerium oder das Reichsmilitärgericht, sondern das Reichsministerium des Innern.

Auf Grund dieser Mitteilungen ist nunmehr folgendes festzustellen: Da die alten Verordnungen, die der Reichspräsident und die Militärbefehlshaber auf Grund des Ausnahmezustandes erlassen haben, aufgehoben, neue aber nicht an deren Stelle getreten sind, ist jetzt jede Einschränkung des Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie der Pressefreiheit unzulässig. Es können also nicht nur Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden, außer den auch unter dem Belagerungszustand zulässigen Versammlungen in abgeschlossenen Räumen, sondern es können auch Demonstrationen mit Zügen veranstaltet werden. Die Herausgabe von neuen Zeitungen, der Druck von Flugzetteln und Broschüren, die bisher von einer Genehmigung abhängig waren, sind jetzt ohne weiteres frei. Lediglich die Reichsverfassung, das Pressegesetz und das Strafgesetz geben die Grenzen an, in denen sich das Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Meinungsäußerung in Wort und Schrift äußern dürfen. Da, wie gesagt, von den Zivilkommissaren einschneidende Verordnungen in dieser Hinsicht nicht erlassen worden sind, so gelten ganz allein die von uns genannten verfassungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen.

Trotzdem ist der Belagerungszustand, den man verächtlich Ausnahmezustand nennt, noch immer nicht aufgehoben worden. Nur das an die Stelle der militärischen Willkür die zivile Willkür treten kann. Die „freie Verfassung der Welt“ ist noch immer ein Stück Papier, deren Auslegung in das Belieben eines Reichsministerkommissars gestellt wird. Heute gibt es keine einschneidenden Verordnungen über die Freiheiten, die jedem Staatsbürger auf Grund dieser Verfassung zustehen sollen. Morgen aber können schon solche Verordnungen erlassen werden, ohne daß die Nationalversammlung ihre Zustimmung zu geben braucht oder die Kontrolle darüber ausüben kann. Wir verlassen nunmehr ganz entschieden, daß dieser halben Maßregeln endlich eine ganze Folge. Es ist die höchste Zeit, daß der Belagerungszustand ohne jede Hinterhältigkeit aufgehoben wird. Diese Forderung muß auch für Bayern, dessen reaktionäre Regierung sich einen besonderen Belagerungszustand angeeignet hat, viel mehr aber noch für Rheinland-Westfalen erhoben werden.

Welche unendlichen Zustände diese Halbe- oder Viertel- auf dem Weg des Belagerungszustandes zeitigen kann, das ergibt sich aus den Vorgängen in Thüringen, über die wir fast jeden Tag berichten müssen. Heute wieder ein neuer Fall: Der Presse wurde gestern mitgeteilt, daß in Thüringen der Ausnahmezustand, mit Ausnahme des Re-

gierungsbezirks Erfurt, wo er noch in beschränktem Umfang besteht, völlig aufgehoben worden sei. Vor einigen Tagen noch hatte der Reichswehrminister Schuler ohne Einschränkung ausgeführt, daß der Belagerungszustand über ganz Thüringen, also auch für die preussischen Teile des Gebietes aufgehoben worden sei; er hat ausdrücklich hinzugefügt, daß „auch für andere Teile Preußens“ der Belagerungszustand demnächst fallen sollte. Nunmehr verhängt aber der rechtssozialistische Landrat Schubert über den Kreis Schmalkalden den Belagerungszustand, der eine Anzahl Freiheitsbeschränkungen der arbeitenden Bevölkerung mit sich bringt. Schmalkalden liegt in Thüringen, der Herr Landrat hat also kein Recht in seiner Verordnung, da es in Thüringen keinen Belagerungszustand mehr gibt. Selbst wenn aber die neue Verordnung vom 11. April auch für Schmalkalden gelten sollte, so ist nicht Herr Schubert zum Erlass solcher Verordnungen berechtigt, sondern sie müssen vom zuständigen Reichsminister ausgehen, und das ist für Schmalkalden der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau.

Wird es nicht endlich Zeit, daß die deutschen Staatsbürger nach bestimmten Rechtsnormen regiert werden?

### Die handrechtlichen Erschießungen.

In unseren Mitteilungen über die handrechtlichen Erschießungen im westfälischen Industriegebiet bringt die Deutsche Allgemeine Zeitung eine anscheinend offizielle Meldung, die besagt, daß im Ruhrgebiet nach der verhängten Ausnahmezustand besteht und danach die außerordentlichen Kriegsgerichte auch Todesurteile aussprechen können. Es heißt dann weiter dort: Diese können jedoch nur vollzogen werden, wenn der Verurteilte auf sein Recht, die Vergnügung des Reichspräsidenten anzurufen, verzichtet. Da das praktisch kaum vorzukommen wird, ist die Vollstreckung auch dieser Todesurteile nicht allein von den Kriegsgerichten abhängig. Im übrigen hören wir, daß die von der „Freiheit“ gemeldeten Vorgänge ge-  
prüft werden sollen.

Es wird also wirklich eine Prüfung der Fälle zugesagt. Von der Prüfung werden die Geschworenen leider nicht mehr lebendig. Was wir verlangen ist, daß nicht nur die Kriegsgerichte, sondern auch die außerordentlichen Kriegsgerichte aufgehoben werden und daß die Leute, die wirklich Verbrechen schuldig sind, den bürgerlichen Gerichten zugeführt werden. Es muß verhindert werden, daß die Leute in die Hände der rochbuckeligen Offiziere fallen, die sich den Teufel um das Vergnügungsbüro des Reichspräsidenten kümmern. Man kümmere sich nicht an die Tatsache, daß der verhängte Ausnahmezustand besteht und die außerordentlichen Kriegsgerichte somit eine gesetzliche Grundlage haben. Wenn die ausführenden Organe den Rahmen der gesetzlichen Grundlagen sprengen, so hilft nur uns, daß man ihnen das Handwerk legt.

### Streikbewegung in Oberschlesien.

Wolfskurve meldet aus Breslau: Die rein wirtschaftliche Streikbewegung in Oppeln in der Zement- und Textilindustrie wurde beendet, ebenso die für das besetzte Oberschlesien im Gange befindliche Centralstreikbewegung der Angestelltenverbände, letztere durch Schlichtung des Demobilisationskommissars.

Infolge der Verfügung der Interalliierten Kommission, die die Einführung des Betriebsvertrages für das oberschlesische Abstammungsgebiet verbietet, hat sich der gesamten Arbeiterschaft und der Angestellten eine außerordentliche Bewegung bemächtigt. Es besteht bei allen in Betracht kommenden Verbänden die Absicht, durch eine gemeinsame Aktion gegebenenfalls unter Eintritt in den Generalstreik, eine Wiederaufhebung dieser ungesetzlichen Verfügung durchzusetzen. Am 13. April sind hierzu in den Städten, in Katowitz, Königshütte, Hindenburg, Gleiwitz, Rabitz, Reibitz, Reutchen, Tarnowitz, Oppeln und Reuzburg große Versammlungen stattfanden, die sich mit dieser Frage beschäftigen sollten.

### Cohnbewegung der amerikanischen Eisenbahner.

Amerikabam, 17. April. Wie den Wätern drahtlos aus Washington gemeldet wird, ist die Forderung von zwei Millionen Eisenbahnergehältern auf Erhöhung, die die Hauptstädte des gegenwärtigen Streiks bildet, heute dem neuernannten Eisenbahneramt vorgelegt worden. In Chicago sind vierundzwanzig Eisenbahner verhaftet worden.

### Zweck und Mittel.

R. B. Wie recht wir mit unserer Warnung hatten, dem Einspruch Englands gegen den Vormarsch der Franzosen eine günstige Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zur Entente beizumessen, und wie begründet unsere Warnung war, nicht wieder in den Fehler einer Spekulation auf die Uneinigkeit der Alliierten zu verfallen, ist jetzt erwiesen. Nicht nur, daß die Londoner Regierung sich wohl davor gebüht hat, Frankreich zu einer Aufgabe Frankreichs und der übrigen besetzten Städte zu zwingen, sie hat sich im Gegenteil sogar von der Notwendigkeit überzeugen lassen, Schritte gegen Deutschland zu unternehmen, die über die Linie der von Paris getroffenen Repressalien noch hinausgehen. Sie heilt sich, ihren Verbündeten zu beweisen, daß sie bei aller Mißbilligung ihres selbständigen Vorgehens nicht daran denkt, die Einigkeit zu lockern, und mit ihnen in dem festen Willen übereinstimmt, Deutschland zur Innehaltung der Friedensbedingungen, besonders auf militärischem Gebiete, zu nötigen.

Nach einer Meldung der amtlichen französischen Agentur soll der englische Minister des Auswärtigen Lord Curzon bei dem deutschen Geschäftsträger in London energisch auf eine Zuzugnahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrrevier gedrungen haben. Außerdem aber hat England die Initiative zu einer Aktion der Entente ergriffen, die darauf abzielt, von der Berliner Regierung nochmals die frange Befolgung der Vertragsklauseln bezüglich der Entlassung zu verlangen und diese Forderung durch die Drohung zu unterstützen, daß andernfalls die gesamte Lebensmittelerzeugung für Deutschland eingestellt werde.

Es wäre nun durchaus falsch, in diesem Vorgehen nur ein Entgegenkommen an den französischen Bundesgenossen und keine Wünsche zu erblicken. Es bedurfte nicht der Belehrung durch Mitterand, um England gegen den Militarismus der deutschen Republik einzunehmen. Die Verträge, die die englischen Mächte aus dem Ruhrrevier veröffentlichten, gaben das selbe Bild wie die der Berliner Presse. Sie versicherten, daß von einer belächelbaren Gefahr im Westen Deutschlands keine Rede sein könne, und daß der Einmarsch der verstärkten Reichswehr überflüssig sei. Die persönlichen Erfahrungen, die englische Korrespondenten mit deutschen Offizieren in Offen gemacht haben, konnten auch nicht dazu beitragen, der öffentlichen Meinung in England den Glauben an eine Veränderung des Charakters des deutschen Militärs beizubringen, und nicht zuletzt leben die Engländer so gut wie die Franzosen, wie der Regierung Müller die Entlassung jener Formationen, die in der Lage waren, die Regierung Dauer zu verlegen, nicht gelingen will.

Sie wissen auch ebenso gut, wie wir es wissen, daß diese Truppen die günstige Gelegenheit abwarten, um einen neuen Coup zu wagen, und erstere erst wurde gemeldet, daß der englische Geschäftsträger in Berlin das deutsche Auswärtige Amt von Mitteilungen in Kenntnis gesetzt habe, die ihm über die Vorbereitungen eines neuen Putches zu Ohren gekommen seien. Ob unsere Verlassgegner ernsthaft mit der Möglichkeit rechnen, die Reichswehr und die bemanneten Banden könnten einen neuen Tages Frankreich gefährlich werden, mag auf sich beruhen. Aber das eine ist jedenfalls sicher, und kann auch von deutscher Seite nicht bestritten werden, daß das Fortbestehen des militärischen Unfriedes das wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands erschwert und damit die Erfüllung der uns vertragmäßig auferlegten Leistungen unmöglich macht.

Gegen die sachliche Berechtigung der neuen Ententeforderungen läßt sich unter diesen Umständen ein ernsthafter Widerspruch nicht erheben, und mit irgendwelchen Notizen, mögen sie auch von dem kaiserlichen Chef des Auswärtigen Amtes noch so schön stilisiert sein, wird sich nichts erreichen lassen. Es bleibt nichts anderes übrig, als dem Verlangen der Gegenseite zu entsprechen. Winkelzüge und Ausflüchte können unsere Situation nur verschlechtern. Wenn wir dies aussprechen, sind wir darauf gefaßt, daß man uns wieder des Einverständnisses mit dem Feinde beschuldigt und in der belächelten Manier über Landesverrat zetert. Aber wir können ja zum Glück darauf hinweisen, daß wir das, was die Alliierten von uns verlangen, von jeder mit aller Entschiedenheit vertreten lassen, und zwar sowohl um der Befriedung der inneren Verhältnisse Deutschlands willen, wie zur Wiederherstellung geordneter und vernünftiger Beziehungen zur übrigen Welt. Wir geben sogar noch weiter als die Entente, indem wir der Auffassung sind, daß eine Resignation über

haupteberflüssig. Ein Krieg gegen auswärtige Feinde soll sie nicht führen und kann sie nicht führen. Das sie kein Instrument gegen reaktionäre Vorherrschaft bildet, hat sie eben bewiesen, und zur Aufrechterhaltung der Ordnung genügen durchaus dezentralisierte Sicherheitswehren, Ortswehren, oder wie man diese Polizeitruppen sonst nennen mag. Um ihre Verwendung zu gegenrevolutionären Zwecken zu verhindern, müssen sie entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften den organisierten Arbeitern geöffnet werden, und dann hat die deutsche Republik wirklich alles, was sie bedarf. Nur die Erfüllung dieses Programms ermöglicht ja auch tatsächlich die Entlassung der Reuterer und die Ablieferung der Waffen, auf die Frankreich und England nach dem Friedensvertrag einen Anspruch haben.

Erkennen wir so den Standpunkt der Alliierten als an sich berechtigt an, so können wir doch nicht umhin, gegen die Art und Weise wie sie ihre Forderungen geltend machen, lebhaftes Bedenken auszusprechen. Wenn sie jetzt wieder mit einem Ultimatum kommen und sogar eine neue Verhängung der Blockade an die Wand malen, so beweisen sie damit ein sehr geringes diplomatisches Verständnis. Sie wollen den deutschen Militarismus zerbrechen und ergreifen doch immer wieder Maßnahmen, die danach angetan sind, den militaristischen Geist zu härten.

Diese Wirkung ist um so unvermeidlicher, als es dem Vorgehen der Entente nach an Folgerichtigkeit mangelt. Erst wird von Deutschland die Reduzierung seiner Armee auf 100 000 Mann bis zu einem bestimmten Termin gefordert, dann gesteht man ihm eine Verlängerung der Frist zu. Nach dem Vertrag sollen in der sogenannten neutralen Zone überhaupt keine Truppen gehalten werden, dann läßt Frankreich mit Deutschland ein Abkommen, nach dem eine bestimmte Zahl von Soldaten zugelassen wird. Nach diesem Abkommen müssen alle Truppen bis zum 10. April 1920 aus der neutralen Zone entfernt werden, jetzt verlangt man aber nur die Zurückziehung der Ueberzahligen.

Sollten die Gegner von Anfang an auf ihrem Schein bestanden, so brauchten sie jetzt nicht mit Ultimaten und Kuschlungsdrohungen zu kommen, und so würde sich die nationalstaatliche Entrüstung bei uns nicht immer wieder bei jeder Gelegenheit neu entzünden können. Aber die Regierungen in Paris und London pendeln eben zwischen zwei Kennstufen hin und her. Sie fürchten den deutschen Militarismus, aber sie fürchten auch den Bolschewismus, oder besser gesagt den Sozialismus, und diese Hetzerei hat sie bisher nicht zu einer gradlinigen Politik kommen lassen. Würden sie sich endlich zu der Uebergangung durchringen können, daß ein sozialistisch repariertes Deutschland für uns eine Notwendigkeit ist, und für sie keine Gefahr bedeutet, und würden sie bereit sein, diesem sozialistischen Deutschland, selbst wenn es nicht auf dem Wege über den Stimmgabelzustand gekommen wäre, auch die wirtschaftliche Erleichterung zu erteilen, so könnte ihre Politik uns gegenüber auf alle Sprünge und Widerstände verzichtet und das Ziel, zu dem sie sich doch bekennen, die Wiederaufrichtung Deutschlands zu ermöglichen, wäre nähergerückt. Die jetzt beliebten Methoden sind die denkbar schlechtesten und unangenehmsten. Die Abneigung gegen den Sozialismus kommt der deutschen Bourgeoisie zugute, und diese Bourgeoisie wird durch die stets wiederholten Drohungen und Befreiungen dann noch immer tiefer in das Lager des Nationalismus und die Reaktion gekehrt. Auf diese Weise wird wieder die Vernichtung Deutschlands noch die Vernichtung Europas erreicht.

## Die Ehrenpflicht.

Das „Korrespondenzblatt“ über die gewerkschaftliche Nebenregierung.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt in seiner Nr. 16 in einem Artikel, betitelt „Nachschläge zum Generalfreitag“ gegen die Anklagen, daß die Gewerkschaften eine Nebenregierung im Reich und Staat aufzurichten, Stellung. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende Ausführungen:

Gegen die Gewerkschaften sind aber in der Presse und in der Nationalversammlung noch weitverbreitete Gerüchte erhoben worden. Man erzählt, daß sie eine Nebenregierung errichten, eine verkappte proletarische Diktatur proklamieren wollen.

Der Zweck dieser bürgerlichen Offensive gegen die Gewerkschaften erscheint uns recht durchsichtig. Man bemüht sich augenscheinlich, die Gewerkschaften aus der durch den Generalfreitag und die Verabschiedung der acht Punkte erteilten Position wieder herauszubringen, weil man die Durchführung dieser Vereinbarungen als unangenehm oder gewissen Parteienkreisen nachteilig empfindet. ... Man fürchtet in den Gewerkschaften die unbarmherzigen Rabener und Dränger, der zu durchzuführenden Maßnahmen, zu beschleunigter Republikanisierung, Demokratisierung und Sozialisierung anspornt. Wir wandern und nicht über die Widersprüche, die sich gegenüber einem solchen Ausgang des Kampfs zwischen geltend machen, und auch nicht darüber, daß jetzt der ganze Schwarm der unglücklichen Wähler der Republik gerade über die Gewerkschaften herfällt, denen sie eigentlich die Rettung der Republik zu danken haben. Denn wie wissen wir zu gut, daß diese Widersprüche die Verantwortlichkeit daran tragen, daß die Republik an den Rand des Abgrundes gedrängt wurde. Ihre Welt war es, daß die Arbeitermassen mit wachsender Entschiedenheit erklärten, daß die Arbeiter der Opposition sind. Wir wissen auch, daß diese Rechte nicht soviel Wert an den Tag legen, um die Umwälzung der Militärpolitik durchzuführen, denn sie rechnen noch immer auf deren Hilfe gegen die Arbeiterklasse. Der Kampf gegen den angeblichen Bolschewismus steht ihnen höher als der Kampf für die Republik.

Wir wollen aber die Herrschaften auch darüber nicht im unklaren lassen, daß ihr Bemühen ein vergebliches sein wird. An den acht Punkten ist nicht zu denken und zu rütteln und an ihrer Durchführung werden die Gewerkschaftsleitungen unerschütterlich festhalten, bis jede Gefahr einer Wiederkehr reaktionärer Angriffe auf die Republik beseitigt ist. Was aber zur Durchführung der Vereinbarungen notwendig ist, das möge man ruhig den Gewerkschaftsleitungen und ihren Verhandlungen mit den zuständigen Regierungen überlassen. ... Aber auch die Gewerkschaftsleitungen müssen sich alle Schritte vorbehalten, die notwendig sind, um die Durchführung ihrer Vereinbarungen zu gewährleisten, denn sie haben gegenüber der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenklasse diese Ehrenpflicht übernommen und werden sie auch in vollem Umfange erfüllen. Davon können sie weder Pressepolitikern noch parlamentarischen Debatanten abklingen.

Wir geben diese trostige Antwort des hohen Schwafes der gesamten bürgerlichen Presse über die gewerkschaftliche Nebenregierung, gegen den wir uns mehrfach gewandt haben, mit einer gewissen Genugtuung wieder. Es wird uns niemand verdenken, daß wir angenehm berührt davon sind, daß das, was wir ein Jahr lang auf tausend Zeitungspalten vorausgesetzt haben, nachträglich in so eindeutiger Weise durch das „Korrespondenzblatt“ bestätigt finden. Manche Bemerkung ließe sich daran knüpfen, aber wir enthalten uns im Augenblick gern jeder kritischen Äußerung. Nur eins möchten wir sagen: Wir geben uns der Hoffnung hin, daß wir nie genötigt sein werden, das „Korrespondenzblatt“ und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mahnend an diese Worte zu erinnern.

## Offiziere, Regierung und Arbeiter.

Den militärfrommen Herrschaften auf der Rechten ist die Geschichte von den Verhandlungen, die Reichswehrverhandlungen mit sich links gebärdenden Persönlichkeiten geführt haben, außerordentlich peinlich. Sie geben sich daher alle erdenkliche Mühe, die ganze Angelegenheit in einem möglichst harmlosen Lichte erscheinen zu lassen. Um diesen Zweck zu erreichen, bedienen sie sich der gewagtesten Konstruktionen und behaupten vor allem, daß die militärischen Bekhörden in Wirklichkeit nicht gegen die Regierung, sondern im Interesse der Regierung gehandelt hätten. Weiterhin behaupten sie, daß sie von ihren guten Absichten die Regierung und besonders den Reichswehrminister nicht vorher in Kenntnis setzten. Aber vielleicht wird man noch behaupten, sie hätten den maßgebenden Stellen eine freudige Ueberraschung bereiten wollen.

Die Offiziere, so wird gesagt, wollten die Arbeiter nur dazu bringen, aus sich heraus die Waffen zu sammeln und abzuliefern. Natürlich liegt da die Frage nahe, weshalb sie sich dabei nicht mit den offiziellen Arbeiterführern in Verbindung gesetzt haben. Darauf findet ein Major a. D. Kiser im „Volkswacht“ die schöne Antwort, daß die offiziellen Arbeitervertreter Verhandlungen mit Offizieren gern aus dem Wege gingen aus Rücksicht auf ihren Ruf bei den radikalen, jeder Verständigung abgeneigten Genossen. Es sei also nichts anderes möglich gewesen, als Mittelkleute zu benutzen.

Eine kümmerliche Kurebel! Denn als Mittelkleute hätten doch auch in den Augen der Offiziere nur Personen in Betracht kommen können, die ihrerseits Beziehungen zu den Leitungen der sozialistischen Parteien besaßen, und das war bei den Konferenzteilnehmern ganz und gar nicht der Fall. Soweit sich feststellen läßt, gebören die Herren Kahlert, Partram und Meyer weder einer sozialdemokratischen noch der kommunistischen Partei an. Kahlert soll nach Angaben des „Berliner Tageblatts“ früher einmal Mitglied der Unabhängigen Partei in Schöneberg gewesen sein und sich als solches auch an der Novemberrevolution beteiligt haben. Später aber sei er von seinen Parteigenossen abgeköhlt worden. Eine noch viel fragwürdiger Figur ist der Herr Partram. Wie die „Kreuzzeitung“ erzählt, hat dieser sonderbare Individualität gelegentlich auch auf der Redaktion dieses Blattes vorgesprochen, dort seine Ideen entwickelt und ein Schriftchen hinterlassen, das sich „Der Frontsoldat, ein deutsches Kultur- und Lebensideal“ betitelt. In dieser Broschüre wird „Nationalisieren und Sozialisieren“ als Parole der Frontsoldaten ausgegeben und eine Frontsoldaten-Regierung gefordert, die eine Kurebel der Tüchtigen darstellen werde. Der Name der Regierung, ob Räte- oder Kaiserliche Regierung tut nichts zur Sache, es kann und sollen nur auf den rechten Geist unserer Führer ankommen. Die Uebernahme der Regierung bilde keine unüberwindliche Schwierigkeit, denn eine solche gebe es gar nicht für Frontsoldaten. Die sozialen und nationalen Strömungen in Deutschland in ein Bett zu zwingen, sei die Aufgabe der Frontsoldaten. Wider Bürgerliche noch Proletarier, sondern Kameraden sei ihr Feldgeschrei.

Diesen Mann, der im besten Fall ein Narr auf eigene Rechnung, im schlimmsten etwas viel Bedenklicheres ist, wollen die Offiziere als geeigneten Vermittler zwischen sich und der Arbeiterklasse betrachtet haben! Wir trauen ihnen in so politischen Dingen sehr viel Ratlosigkeit zu, aber daß sie hätten annehmen können, mit den konfusem Ideen des Frontsoldaten Partram habe das deutsche Proletariat auch nur das allgeringste zu tun, ist einfach unmöglich.

Man mag einstweilen dahingestellt sein lassen, was sich im einzelnen die Militärs bei ihren Verhandlungen gedacht haben. Kann sein, daß sie wirklich dem unklaren Ideal eines National-Bolschewismus nachgingen. Kann sein, daß sie die Arbeiter zu irgendwelchen irdischen Schritten propagieren wollten. Vielleicht geben auch in den Köpfen dieser um ihre Existenz kämpfenden Desperados alle möglichen Vorstellungen wild durcheinander. Sicher ist nur so viel, daß sie so oder so für sich und ihre Klasse einen Vorteil herauszuschlagen wollten. Die Behauptung, sie hätten im Interesse der Regierung gehandelt, ist lächerlich, als daß es nötig wäre, über sie noch weiter zu diskutieren.

Wenn nun noch darauf hingewiesen wird, der Hauptmann Viebahn habe von der Unterhaltung im Reichswehrministerium vorher die richtige Meldung gemacht, so ist auch damit gar nichts festgestellt. Es ist sehr wohl möglich, daß er mitgeteilt hat, es werde mit Arbeitern über die Abgabe von Waffen verhandelt, aber wer will uns beweisen, daß das nicht auf eine absichtliche Irreführung hinausläuft? Wir brauchen uns doch nur an das zu erinnern, was die beteiligten Herren dem Genossen Wejmann vorgelesen haben.

Von einer Wahrung der Interessen der Regierung kann keine Rede sein, aber ebensowenig, und das muß man ausdrücklich hervorheben, wurde an das Interesse der Arbeiter gedacht, und den Proletariern soll diese Affäre eine neue Warnung sein, sich von den Offizieren nicht einfangen zu lassen. Selbst wenn hier und da in militärischen Kreisen noch neuen politischen Weagen gesucht wird, so läuft doch nicht alles darauf hinaus, daß das Proletariat in der einen oder anderen Weise sich für diejenigen opfern soll, die in einer vom Militarismus beherrschten Republik ihre Stellung, ihren Rang und ihren Einfluß einzubüßen fürchten.

## Auch die Sicherheitswehr wird geläubert!

Die reaktionären Führer setzen sich fest — die republikanischen werden entfernt.

Die reaktionären Führer der Sicherheitswehr haben auch in Berlin, wieder die Oberhand bekommen. Sie arbeiten mit allen Mitteln, um ihre Herrschaft, die vorübergehend etwas wankend geworden war, wieder zu festigen und aus der Sicherheitspolizei das alle Instrument der Reaktion zu machen. Die Herren arbeiten im engsten Zusammenhange mit den Führern der Reichswehr. Sie wissen, daß diese ihre Pläne nicht durchführen können, wenn die Sicherheitspolizei eine zuverlässige Truppe der Republik geworden ist. Die Führer und Mannschaften, die auf dem Boden der Republik stehen, werden deshalb bei den maßgebenden Stellen als Feinde und Auftraher verächtlich. Die reaktionären Offiziere spielen sich dabei als die wahren Führer der Sicherheitspolizei auf und reben den vorgesetzten Dienststellen vor, daß die Disziplin untergraben würde, wenn die Mannschaften gegen die Führer „beihen“. Die Regierung hat aus den Vorformalitäten vom 13. März anscheinend noch nicht genügend gelernt, sie gibt den Treibereien der reaktionären Führer nach und ruft damit unter den zuverlässigen Mannschaften eine Erregung hervor, die sich mit jedem Tag steigert. Der Wirtschaftsverband der Beamten der Sicherheitspolizei für Groß-Berlin hat deshalb eine Rundgebung erlassen, in der die Regierung auf die ersten Gefahren hingewiesen wird, die ihr aus einem weiteren Verbleiben der reaktionären Offiziere in der Sicherheitspolizei erwachsen müssen. In der Rundgebung heißt es:

Es geht nicht an, daß Beamte im Dienst der Republik sind, die nicht nur wegen ihrer Befähigung, sondern vor allem ihrer Handlungen wegen im harten Widerstand gegen die Verfassungen stehen. Durch ihre weitere Anwesenheit im Dienste gefährden sie nicht nur die Ruhe und Disziplin der Beamten, sondern bilden eine ernste Gefahr für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate. Die Erregung ist soweit geblieben, daß ein großer Teil der Beamten i. U. sowie i. O. sich mit dem Gedanken trägt, den Dienst in der Sipps aufzugeben, denn unter diesen Umständen ist ihnen ihr Leben und Gesundheit zu schade, um es gewissenlosen Elementen gegenüber aufs Spiel zu setzen.

Die Befehle der höheren Dienststellen werden nicht so ausgeführt, wie es sein soll. Dies beweisen die vielen Beschwerden Entlassener, die trotz des Befehls keine Wohnung und keine Verpflegung erhalten.

Wenn in den von amtlicher Seite herausgegebenen Zeitungsartikeln gesagt wird, daß die Sicherheitspolizei gerade in den letzten Tagen weiter ausgebaut worden ist und der Reichliche Ministerpräsident habe in Verbindung mit dem Ministerium des Innern alle Maßnahmen getroffen, die nach menschlicher Voraussicht genügen würden, jede neue Erhebung zu unterdrücken und die Sicherheitspolizei zu einem zuverlässigen Instrument der Regierung zu machen, daß auch sonst alles geschehen sei, um die Beamten der Sicherheitspolizei innerlich fest zu verpflichten, so entspricht dies insofern nicht den Tatsachen, als die stark kompromittierten Persönlichkeiten immer noch die höchsten Ämter besetzen einnehmen und die Sipps somit noch nicht das zuverlässige Instrument der Regierung ist.

### Erklärung.

Der „Vorwärts“ findet es sonderbar, daß ich am Freitag in der Rundgebung des Republikanischen Führerbundes als Diskussionsredner jede Verbindung zwischen Unabhängigen und Offizieren abgestritten hätte. Hierzu habe ich folgendes zu erklären:

Ich konnte am Freitag Abend die Vorformalitäten im Reichswehrministerium nur nach der Darstellung der bürgerlichen Presse beurteilen, da mir anderweitiges Material nicht zur Verfügung stand. Ich habe deshalb festgestellt, daß die Unabhängigen Partei mit Offizieren des Reichswehrministeriums keine Verhandlungen wegen Waffenabgabe geführt habe, schon aus dem Grunde nicht, weil die Partei Waffen nicht in ihrem Besitz habe und demzufolge auch keine abliefern könne. Wenn also Verhandlungen überhaupt stattgefunden hätten, so könnten daran nur Spitzel und Provokateure teilgenommen haben, die unter der Firma der U. S. V. D. legelten, um die Partei zu schädigen und die Geschäfte der Reaktion zu besorgen. Die Tatsachen haben meiner Auffassung Recht gegeben, denn die Herren Partram, Kahlert und Meyer haben mit der Unabhängigen Partei nichts zu tun. Genosse Wejmann aber hat an den Verhandlungen mit den Offizieren nur teilgenommen, um ihre Pläne zu erfahren ohne indessen von der Partei dazu beauftragt worden zu sein.

Die Angabe des „Vorwärts“ wird durch diese Feststellung von selbst erledigt; er wird aus den Vorformalitäten im Reichswehrministerium kaum ein politisches Geschäft machen können.

Emil Rabold.

## Der ehdenische Kapp.

Wir haben bereits berichtet, daß der Hochverräter Dr. Kapp in Schweden bei Stockholm festgenommen wurde. Die „Vossische Zeitung“ bringt nun interessante Einzelheiten, die beweisen, daß Kapp ungefähr so lächerlich bei seiner Verhaftung gekommen ist, wie weiland zu seiner vierzigtägigen Reichsanzugschleife. Der holländische Konsul in Stockholm teilte mit:

Das Protokoll an der Verhaftung Kapps ist, daß er sich selbst durch seine sehr rudimentären Schwächen betrogen hat. Um seine Spur gut zu verwischen, war er nicht direkt nach Stockholm gefahren, sondern in Schweden anabgekommen. Er bestellte da zum eigenen Bedarf kleinsten eine kleine schwedische Punsch. Da er ihn nach den schwedischen Bestimmungen nicht bekommen konnte, sah er sich nach einer Möglichkeit um, seinen Durst zu stillen und fand diese Gelegenheit in einem Kreise junger Ingenieure, die den Fremden einladen, ihren Bestand an starken Getränken mit ihm zu teilen. Dieses Angebot nahm Herr Kapp mehr als gern an. Er war aber wohl nicht so trinkfest, wie er das von früher her gewohnt war, und wurde nach einigen Gläsern auffallend gestört. In diesem Zustande ergab er allerlei, so daß am Freitag morgen zunächst ein Journalist bei ihm erschien, der sich von ihm Auskunft über die politische Lage in Deutschland erbat.

Es wird noch weiter erzählt, daß Kapp sich dem Journalisten gegenüber als Kaufmann ausgab und sagte, daß er vor Politik nichts verstehe. Der Journalist schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die feststellte, daß Kapps das nicht vorchristlichmäßig biffierte war. Es blieb dann Kapp nichts weiter übrig, als sich zu erkennen zu geben. Darauf wurde er verhaftet.

Man muß gestehen, daß die Umstände, die zu Kapps Verhaftung geführt haben, ihn als „echt deutschen Mann“ kennzeichnen, der keine Not, wie sein Bild mit Alkohol brennt.





Zur politischen Situation.

Von Artur Crispian.

III. \*)

Diesmal wagten es die Führer der Gewerkschafts-, An-
postalten- und Beamtenverbände noch nicht, den einmal be-
tretenen Weg bis zur letzten Station zu gehen. Sie waren
heißfroh, daß sie durch ein Kompromiß mit den bürgerlichen
Minderparteien von der Notwendigkeit befreit wurden, die
zweite Hälfte des Weges zurückzulegen. Es wird sich bald
berausstellen, daß auch die neue reformsozialistisch-bürger-
liche Regierung die Forderungen der Arbeiterorganisa-
tionen nicht zu erfüllen vermag. Die Arbeiterklasse kann aber
auf die Erfüllung ihrer Forderungen nicht verzichten, weil
ihre Lebensinteressen davon berührt werden; die bürger-
lichen Klassen haben ein Lebensinteresse daran, die Durch-
führung der Arbeiterforderungen zu verhindern. Halb-
heiten lassen sowohl die Arbeiterklasse als die bürgerlichen
Klassen unbefriedigt. Was immer auch geschehen mag,
neue Konflikte sind unvermeidlich. Und jeder neue Kon-
flikt führt uns einer Arbeiterregierung näher.

Was ist nun eigentlich unter dem Begriff Arbeiter-
regierung zu verstehen? Es dürfen nur Vertreter der Ar-
beiterklasse von der Arbeiterklasse in die Regierung geschickt
werden. Mit anderen Worten: die Arbeiterregierung ist
der politische Ausdruck für die Verfestigung der politi-
schen Macht durch die Arbeiterklasse. Man muß nur den
Mut haben, die Dinge beim rechten Namen zu nennen.

Nichts wäre nicht nur berechtigt, sondern auch not-
wendiger, als die Übernahme der politischen Macht durch
die Arbeiterklasse. Die Herrschaft der bürgerlichen Klassen
hat Deutschland in der letzten Zeit, allein durch den Krieg,
6 800 000 Menschen an Gefangenen, Verbungenen und an
Geburtsverlusten gekostet. Dazu die unermesslichen mate-
riellen und ideellen Schäden.

Die reformsozialistisch-bürgerliche Regierung, die es
zugleich den Kapitalisten und den Arbeitern recht machen
soll, ist außerstande den Militarismus zu beseitigen, die So-
zialisierung durchzuführen und die Produktion in aus-
reichendem Maße in Gang zu bringen. Es bleibt in der
Zeit nichts anderes übrig, als daß die Klasse der Ge-
sellschaft, die die erdrückende Mehrheit in sich vereint, die ökono-
misch von entscheidender Bedeutung ist, die der ganzen
heutigen Gesellschaft ihr Gepräge aufdrückt, ihre Beside
selbst in die Hand nimmt und sich und damit die Menschheit
aus dem kapitalistischen Gegenstande erlöst. Diese Klasse ist
die Arbeiterklasse.

Für die Unabhängige Sozialdemokratie hat die Frage
der Arbeiterregierung ihre besondere Bedeutung. Sie kann
sich nur unter bestimmten Bedingungen an einer Arbeiter-
regierung beteiligen. Erstens muß die Arbeiterregierung
wissen was sie will. Zweitens muß sie die Gewähr dafür
bieten und dazu entschlossen sein, energisch und rasch zu tun,
was getan werden muß. Der historische Materialismus
lehrt uns, daß der Kapitalismus am Ende seiner historischen
Aufgabe steht und daß nun die Zeit des Sozialismus ge-
kommen ist. Und nur mit der Verwirklichung
des Sozialismus ist der Arbeiterklasse gedient. Der
Sozialismus ist das Ziel der Unabhängigen Sozialdemo-
kratischen Partei Deutschlands. Er wird verwirklicht wer-
den in der bewußt organisierten und planmäßig arbeitenden
sozialistischen Gesellschaft, die die Völker aller Länder
umfaßt.

Die sozialistische Gesellschaft baut sich auf auf dem ge-
sellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, das
die Lohnarbeit und jede wirtschaftliche Unterdrückung auf-
hebt und alle arbeitsfähigen Menschen nach gemeinsamen
ökonomischen Grundätzen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß
zusammenfaßt, das die Gesellschaft von vornherein in den
Besitz der Produkte setzt. An die Stelle der kapitalistischen
Warenproduktion tritt die sozialistische Bedarfsproduktion, an
die Stelle des kapitalistischen Warenaustausches die soziali-
stische Verteilung der Produkte; jedem nach seinem Bedürf-
nis und nach dem jeweils vorhandenen Reichtum der Ge-
sellschaft.

Die ständig wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaft-
lichen Arbeit, die in der kapitalistischen Gesellschaft für die
ausgebildeten Klassen eine Quelle des Glends und der Un-
terdrückung ist, wird in der sozialistischen Gesellschaft zu
einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmo-
nischer Vervollkommnung.

Der Sozialismus bedeutet die Befreiung nicht nur des
Proletariats, sondern die Befreiung der Menschheit aus zum
Gemeinns für ihre weitere Entwicklung gewordenen ver-
alteten ökonomischen, sozialen, juristischen und politischen
Lebensverhältnissen. Der Sozialismus bedeutet Aufstieg
der Menschheit zu höheren Kulturstufen.

Der Sozialismus kann nur von einer sozialisti-
schen Regierung verwirklicht werden. Darum steht die Un-
abhängige Sozialdemokratie an Stelle des Wortes Arbeiter-
regierung, den viel klareren Begriff Sozialistische
Regierung.

Die Bildung einer sozialistischen Regierung würde, ganz
gleich wie sie zustande käme, die Epoche der Diktatur des
Proletariats einleiten. Die sozialistische Regierung müßte
sich auf die Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes als

Helfi den Opfern der Bewegung im Ausrudder! Der
Verlag der „Freiheit“ erklärt sich bis auf weiteres bereit,
Ependen entgegenzunehmen.

Klasse stehen. Die Diktatur des Proletariats ist ein vor-
übergehender Zustand, der mit dem Fortgang der Verwirk-
lichung des Sozialismus Schritt für Schritt verschwindet,
bis in der klassenfreien, in der sozialistischen Gesellschaft das
Prinzip der Demokratie seinen wahren Sinn erhalten hat.
In der sozialistischen Gesellschaft werden alle Mitglieder
durch gemeinsame Interessen zu einer Gemeinschaft zu-
sammengefaßt. Die Solidarität ist das oberste Gesetz. In
der sozialistischen Gesellschaft werden durch Mehrheits-
beschlüsse nicht Lebensinteressen von Minderheiten verletzt,
Minderheiten nicht beherrscht oder gar vergewaltigt. Mehr-
heitsbeschlüsse sind in der sozialistischen Gesellschaft Entschlei-
dungen über Meinungsverschiedenheiten, über Zweckmäßig-
keitsfragen, die nicht Lebensinteressen anderer verletzen, sie
wirken als Verwaltungsakte. Also: Durch Sozialismus zur
Demokratie!

Diktatur des Proletariats bedeutet nicht Särcedensherr-
schaft wilder Säuen verelendeter Lumpenproletarier, des
tieffsten Niederlags des Proletariats, bedeutet nicht Regel-
losigkeit und Anarchie, bedeutet nicht blöde Zerkerei, Massen-
diebstähle, Blinderungen, Racheakte und fortgesetzte Attentats
gegen Personen und Produktionsinstrumente, Diktatur
des Proletariats bedeutet besonnene und bewußte, plan-
mäßig organisierte und von höchster Sittlichkeit getragene
Ausübung der politischen Macht durch die von wissenschaft-
lich geschulten Sozialisten geführte Arbeiterklasse. Willkür-
akte gegen Personen oder Sachen werden mit allen Mitteln
unterdrückt. Der Klassenkampf des Proletariats richtet sich
nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen das System
der kapitalistischen Produktionsweise. Wir verwerten die
regellose Bewaffnung und wollen die Bewaffnung geschulter
Arbeiter durch die Organisationen. Das Grausichmachen
vor der Diktatur des Proletariats steht auf derselben nie-
drigen Stufe wie die niederträchtige Hege gegen den So-
zialismus, die in Wirklichkeit eine Hege gegen den So-
zialismus ist.

Wer sich bemüht, sich mit dem Wesen der Fragen über
Revolution, Demokratie, Diktatur und Sozialismus ver-
traut zu machen, der wird erkennen, daß es sich hier nicht
um hegende und drohende Schlagworte handelt, sondern um
wissenschaftliche Begriffe über historische Notwendigkeiten.
Wer sich dieser Begriffe in der Propaganda bedient, muß
sich über ihre Bedeutung vollkommen klar sein, er muß
wissen, daß es sich nicht um agitatorische Phrasen und radi-
kalen Wortgebröh handelt, sonst schafft er mehr Schaden
als Nutzen für die große Sache des Sozialismus.

Merkwürdige Nervosität.

Der „Grundstein“ ist bestiger Erregung anheimgefallen, weil
wir von der Wöcht des Bauarbeiterverbandes, einen In-
dustrieverband für das Baugewerbe zu schaffen, Notiz ge-
nommen haben. Wir hatten uns die Bemerkung erlaubt, daß
man einen Industrieverband nicht nur gründen könne, um die
Organisationsform zu ändern, sondern wissen müsse, daß der In-
dustrieverband auch einen anderen Geist voraussetzt. Der
Bauarbeiterverband dürfte also nicht hoffen, mit der Gründung
des Industrieverbandes der Opposition gegen eine gewisse In-
stanzpolitik das Wasser abzugraben.

Das war dem „Grundstein“ zu viel. Er muß und einige
„Lebenswürdigkeiten“ fügen. Wir hätten einen schlech-
ten Sachverständigen in Gewerkschaftsfragen, denn jeder Ge-
werkschafter von mittelmäßiger Erfahrung und Kenntnis der Ge-
werkschaftsgeschichte müße wissen, daß der Bauarbeiterverband
schon vor unendlichen Zeiten für den Industrieverband ein-
getreten sei.

Genau ist uns das nicht unbekannt. Wir haben das in
unserem Artikel auch angedeutet durch den Hinweis auf die Ver-
schmelzung des Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter. Aber wir
wären keine Geschichte der Bauarbeiterbewegung schreiben. Wir
wissen auch, daß der Bauarbeiterverband sich seit langer Zeit um
eine Verschmelzung mit dem Zimmerer bemüht. Und wir
wissen ferner, daß die Zimmerer sich gegen eine Verschmelzung
kräuben, weil sie fürchten, daß hinter diesen Bemühungen
allzu viel Mächtegeismuß des Bauarbeiterverbandes steck.
Ob mit Recht oder Unrecht wollen wir nicht entscheiden, auffallend
ist es aber, daß der sehr lange „Grundstein“-Artikel, den wir zum
Teil zitieren haben, den Zimmererverband bei der Aufzählung der
Organisationen, mit denen der Bauarbeiterverband Unterhan-
dlungen gepflogen hat, gar nicht erwähnt. Und weiter:
wer ist mit der Wendung des „Grundstein“ gemeint, daß der
Industrieverband erreicht werden müsse, „wenn nicht mit dem
heutigen Führern, dann gegen sie“. Sollte sich das nicht vor
allem gegen den Zimmererverband richten? Wir haben
auch an diese Wendung einige Bemerkungen gefügt, auf die
der „Grundstein“ merkwürdigerweise nicht einget. Ist
die Nervosität des „Grundstein“ darauf zurückzuführen, daß da
nicht alles in Ordnung ist?

Wir sind gewiß Anhänger des Industrieverbandes. Und
wir haben auch keinen Anlaß, uns für die Selbständigkeit des
Zimmererverbandes einzusetzen. Aber wenn wir auf nach
dem Industrieverband gerade von solcher Seite vernehmen und
noch dazu mit solchen, aus diesem Grunde gänzlich ungewohnten
Redewendungen gespielt, dann werden wir mißtrauisch und fragen
nach den Motiven. Denn auf sie kommt es an, wenn man
den Wert des Geistes, das aus der Bewegung entstehen soll,
beurteilen will.

Betriebsräte.

Aufruf!

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin
sendet uns folgende Zuschrift:

Der Zusammenschluß der gewählten Betriebsräte aller
Betriebsstätten ist das zwingende Gebot der Stunde. Die Einheit
und das Wollen der Hand- und Kopfarbeiter können nur durch
ihre direkten Vertreter, die Betriebsräte zum Ausdruck kommen.

Die drohende Gefahr der Gegenrevolution, der Militär-
diktatur, muß durch die geschlossene Kampffront und einmütige Aktion
der Arbeiterschaft abgewehrt werden, wobei den Betriebsräten als
den Vertretungsorganen der in den Betrieben tätigen Hand-
und Kopfarbeiter eine ausschlaggebende Rolle zufällt.

Die Vertretung der Arbeiter und Angestellten dem Unter-
nehmer-Sozialismus gegenüber ist, ebenso wie die
praktische Vorarbeit für die Sozialisierung, nur auf der
Grundlage der Zusammenfassung und der Schulung der Be-
triebsräte in den Industriegruppen möglich. Dem geschlossenen
Vorgehen der Unternehmerräte gegen die Tätigkeit der Be-
triebsräte kann nur ein einmütiger Vorstoß der Betriebsräte mit
Unterstützung der Arbeiter und Angestellten gegenübergestellt
werden.

Auch eine Bilanz des Krieges.

Von Dr. Julius Moses.

Die Bilanz des Krieges soll in diesen Ausführungen, soweit
es überhaupt möglich ist, in kurzen Sätzen gegeben werden. Die
Bilanz des Krieges ist sozialer, politischer und kulturel-
ler Beziehung. Eine reinliche Scheidung voneinander und
eine genaue Abgrenzung dieser Gebiete gegeneinander ist freilich
nur sehr schwer oder gar nicht möglich; mehr denn anderswo
verschmelzen die Grenzen und fließen die Begriffe ineinander
über.

Nicht an das ganze Volk, nicht an die Gesamtheit des Inter-
nationalen Proletariats wendet sich dieser Appell, sondern an be-
stimmte Schichten des unteren Volkes. Sie sollen den Umfang
und die Tiefe des Übels empfinden und dadurch veranlaßt wer-
den, sich mit ihrem ganzen Willen, Wissen und Können einem
großen Werke zur Verfügung zu stellen. An die Kopfarbeiter, an
die Intellektuellen, an die Akademiker unserer Nation richten
sich diese Worte.

Was uns dieser Krieg an Menschenleben gekostet hat, darüber
läßt sich jetzt ein annähernd richtiges Bild gewinnen, auch die
Zahl der Verwundeten, der Krüppel usw. läßt sich so ziemlich
berechnen. Was an Volkskraft und Volksgesundheit verloren-
gegangen ist, läßt sich statistisch und ziffernmäßig freilich nicht
erfassen. Und vollends ausgeschlossen scheint das in Bezug auf
den Rationalisierungsstand, in Bezug auf den sozialen Fortschritt, in
Bezug auf unsere politische Stellung, in Bezug auf den gesamten
geistigen und kulturellen Hinterstand. Was auf diesen Gebie-
ten der Krieg verurteilt hat, das jeder wir mit Entsetzen, das
fühlten und führen wir an allen Ecken und Enden. Das Unglück
jedoch in seiner ganzen Unendlichkeit vermögen wir nur schau-
berisch zu ahnen.

Vor dem Kriege gab es so etwas, wie eine Gemeinschaft
der Kultur, die die Gelehrten und Intellektuellen aller Länder
umfaßte, einen Internationalismus der Intellektuellen und ihrer
gemeinsamen Interessen in allen Ländern. Diese Gemeinschaft
hat der Krieg mit kalter Hand zerstört. Die großen Verbände

und vermandt sich fühlten unter dem Banner gemeinsamen
Geisteslebens, sie standen sich in jenen Kriegsjahren so feindselig
und höflich gegenüber, wie nur irgendwelche Militaristen
legendärer Länder. Soll dieser Zustand andauern, auch jetzt
noch, da der Friede befestigt ist, da die erschöpften Völker daran
denken müssen, ihre Wunden wenigstens notwendig zu heilen?
Sollte es nicht jetzt schon an der Zeit sein, zu erwachen und zu
bedenken, daß über allen nationalen Unterschieden und Differenz-
punkten ein Banner wehen sollte, das Banner des Geistes, vor
dem alle sonstigen Differenzpunkte zur Bedeutungslosigkeit zu-
sammenschrumpfen müßten?

Das soziale Moment in der heutigen Zeit! Vielleicht hat es
in der Weltgeschichte niemals eine Epoche gegeben, wo eine alte
Gesellschaft so schnell dem Untergange entgegenschritt, eine neue
Gesellschaft sich so schnell bildete und in die Höhe schloß, wie in
unserer Zeit. Was früher das Produkt einer langen Übergangs-
und Verschmelzungsperiode war, das hat sich in unserer Zeit in
wenigen Jahren vollzogen.

Während des Krieges lautete einmal das Wort auf:

Der Krieg ist nur für die Reichen,
Der Mittelstand muß weichen,
Und die Armen liefern die Leichen.

Dieses Wort hat sich bewahrheitet in seiner ganzen Schred-
lichkeit. Von den Armen, die Leichen geworden sind, braucht
heute kein Wort mehr gesprochen zu werden. Der Mittelstand
hat weichen müssen. Das ist noch mehr als einer Richtung hin
wahr. Ein großer Teil des Mittelstandes ist durch den Krieg
zerstört worden, ins Proletariat hinabgeschleudert. Ein an-
derer Teil des Mittelstandes jedoch verstand es, die Zeit an der
Stimmlose zu fassen und wurde von der Zeitströmung nach oben
getragen. Das ist der spezielle soziale Typus, der unserer Zeit
den Stempel aufdrückt: der Emporkömmling, der Kriegsgewin-
ner, der Schieber. Das ist die neue Gesellschaft, ohne Tradition,
ohne Kultur, ohne sittliches Fundament, ohne Verantwortlichkeits-
gefühl, nur dem Tage lebend, von Begierde launisch nach Ge-
nuß und im Genuß verschmachtend nach Begierde. „Après nous
le déluge“: Nach uns die Sintflut — und wirde ja wohl noch

aushalten. Und die Moral: „Mit Moral baut man keine Eisen-
bahnen.“ sagte einst in der Gründerperiode der 70er Jahre mit
schöner Offenherzigkeit vor einem Wiener Bericht der Ritter von
Ossenheim, die Verlöcherung des Zeitgeistes von damals. Was
ehemals Moral genannt wurde, reichte, nur eben zur Not aus für
normale, friedliche Zeiten und Zustände; von Beginn des Krieges
an jedoch das „Entschüsser-vous“ — „Bereichert Euch!“ — und was
noch von Treu und Glauben vorhanden war in unserer Völk-
der Reinigungskrieg des Krieges hat es mit so vielen anderen
in seinen Wellen begraben. Das ist die sittlich-kulturelle Bilanz
des Krieges.

Und nun die politische Seite. Auch früher haben wir ja
Kriege gehabt. Äußere und innere, häusliche, gesellschaftliche und
wirtschaftliche Umwälzungen, Revolutionen und Revolutionen.
Vieles hat sich im Laufe weltgeschichtlicher Entwicklung wiederholt,
aber auch vieles taucht neu auf. Immer und immer wieder wird
vor dem Geiste des Denkenden und Vergleichenden das Jahr 1848
lebendig und die Zeit, die ihm voranging die sogenannte vormali-
gische Periode. „Nichts schlägt das Herz, auch das der Zeit“ und
in der Tat: alles, was in der damaligen Zeit über Herz und
Kopf verflücht, hand links. Nachdem es nun die Lebenden oder
die Lernenden sein, sie alle waren Träger und Stürmer, sie
alle dachten und fühlten mit dem Volke und für das Volk, sie
alle fühlten sich dem Geiste der Zeit mitverwandt. Die Völkern
und Besten des Volkes, das waren damals wirklich die Studenten,
die Akademiker, machten sie nun fertige Menschen sein mit aus-
geprägter Lebensanschauung, oder noch unferne gärende Jugend,
die aus jener Zeit heraus ihre Weltanschauung sich erwarb und
verliebt. Und im engen Vereine mit dem Geistesleben jener
Zeit, von ihr befruchtet und getragen, erklärten die deutschen
Dichter auf dem Kampfplatz. Der Dichter, der auf eine höheren
Warte stand als auf den Jimmen der Partei, blieb ein Einsamer
unter seinen Zeitgenossen.

Die Parlamente jener Zeit, sie waren die Sammelplätze der
geistigen Elite jener Tage. Ein Teilchen dieses Geistes hat sich
fortgepflanzt bis zum Anfang der neunziger Jahre das vorigen
Jahrhunderts. Wie immer man auch je nach seinem Parteistand-
punkte über die Parlamentarier und Politiker jener Zeit denken

\*) Siehe Nr. 123 und 126 der „Freiheit“.

Die Wahlen der Betriebsräte sind noch nicht abgeschlossen. Bisher haben ca. 10 000 Betriebsräte ihre Meldung vollzogen. Die Aufstellung der Legitimationskarten ist in vollem Gange.

Um zu einem schnellen Abschluss zu kommen und die Einberufung der neu gewählten Betriebsräte zu Vollversammlungen der Industriegruppen zu ermöglichen, muß unbedingt noch allgemeiner Wahl die Meldung durch einen Bevollmächtigten des Betriebs erfolgen. Bei der Meldung sind folgende Fragen zu beantworten:

Betrieb: ... Ort: ... Straße: ... Art der Produktion: ... Gesamtzahl der Beschäftigten: ... Arbeiter: männlich ... weiblich: ... Angestellte: männlich: ... weiblich: ... Anzahl der Betriebsratsmitglieder: ... Arbeiter: ... Angestellte: Anzahl der Ergänzungsmitglieder: ...

Die Legitimationskarten für die Betriebsräte, die ihre Meldung bis zum 8. April vollzogen haben, müssen abgeholt werden.

Ferner machen wir die Betriebsräte der Verkehrs-, Metall- und Holzindustrie darauf aufmerksam, daß in den Büroräumen der Betriebsrätezentrale besondere Ausnahmestellen errichtet worden sind, in denen die Hauptgeschäfte dieser genannten Gruppen ihre Geschäfte erledigen und in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags Auskunft an die Betriebsräte erteilen, Besuche und Besprechungen entgegennehmen. Für die anderen Gruppen wird dieselbe Regelung getroffen werden. Bis dahin wenden sich die Betriebsräte dieser Gruppen direkt an die Zentrale.

Einem glänzenden Erfolg der revolutionären Arbeiterschaft bedingt am 7. April die Wahl der Betriebsräte im Betrieb des Berliner „Kofal-Anzeigers“. Es waren zwei Listen aufgestellt, Liste I die der Rechtssozialisten und Nationalisten, Liste II die der revolutionären Arbeiter. Es erhielten Liste I 294 Stimmen, I Betriebsräte 1 Ergänzungsglied, Liste II 607 Stimmen, 5 Betriebsräte 2 Ergänzungsglieder. Auch dieses Ergebnis ist ein schöner Beweis dafür, daß in einem ganz reaktionären Betrieb eine gute Agitation geleistet wurde, und ein Ansporn zur weiteren Organisation der noch Betreffenden.

## Gewerkschaftliches.

### Die zentralen Verhandlungen im Holzgewerbe gescheitert.

Am 15. und 16. April fanden zentrale Verhandlungen zwischen dem Arbeiter-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband über die von diesem gestellten Forderungen auf Bewilligung einer Teuerungszulage statt.

In einer kürzlich vom Deutschen Holzarbeiter-Verband abgehaltenen Gesamtarbeiter-Konferenz war auf Grund der den einzelnen Ständen gestellten Wünsche beschloffen worden, vom 6. April ab eine Zulage in Höhe von 50 Prozent der durchschnittlichen Durchschnittslöhne für alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu fordern. Mit dieser Forderung hat sich inzwischen eine Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes beschäftigt und anscheinend wurde dort beschloffen, den Forderungen der Arbeiter schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

In den angeführten Verhandlungen konnten die Unternehmer zwar die in den letzten Monaten eingetretene ungeheure Steigerung für alle Lebensbedürfnisse nicht bestreiten, aber sie erklärten auf Grund ihres Mandats nicht mehr bewilligen zu können, als eine Zulage die von 16. April für Holzarbeiter 16 Proz. und vom 15. Mai ab weitere 10 Proz. der durchschnittlichen Durchschnittslöhne betragen sollte. Diese Zulage sollte bis 1. Juli gelten. Das würde also bedeuten, daß der Arbeiterlohn des Holzgewerbes für die vom 12. Januar bis 1. Juli eingetretene und noch zu erwartende Teuerung ein Ausmaß erreicht hätte, das pro Stunde 26 Pf. bis im höchsten Maße 1,05 M. beträgt.

Dieses Angebot war für die Arbeitervertreter schärfsten Widerstand. Da auch nach längeren Verhandlungen in einem eingehenden Untersuchungsausschuß namentliche Zulagen nicht erzielt waren, sind demnach die zentralen Verhandlungen gescheitert.

Das bedeutet, daß nunmehr die Holzarbeiter genötigt sind, in den einzelnen Ständen für die Durchführung ihrer Forderungen einzutreten. Die Ausschüsse dafür sind nicht angeht, sind doch bereits an verschiedenen Orten von den Unternehmern Abkühlungsaktionen auf die zentralen Verhandlungen in schädlichem Maße zugestanden worden. Mit der Organisation der schärfsten Arbeitgeber des Holzgewerbes, in deren Betriebe nur 46 000

Arbeiter beschäftigt sind, ist schon am 8. April ein Abkommen getroffen worden, durch welches die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen bewilligt sind. Damit der Ausschlag des Arbeitgeber-Schutzverbandes nicht nur für die nächste Zeit eine ernste Bedenkenlegung des Holzgewerbes bedort. Daß es ausgeschlossen war, daß die Arbeiter mit dem löcherlichen Zugeständnis des Arbeitgeber-Schutzverbandes zufrieden sein sollten, war vorauszusetzen.

### Schiedspruch für die Gemeindefarbeiter Groß-Berlins.

Am Freitag fanden im Berliner Rathaus die Verhandlungen über die neuen Tarifverhältnisse der Gemeindefarbeiter Groß-Berlins vor dem gemeindefürlichen Schlichtungsausschuß statt. Da eine Einigung der Parteien nicht zustande kam, fällt der Schlichtungsausschuß nachfolgenden Schiedspruch:

Die Löhne werden wie folgt festgelegt:

A. Männliche Arbeitskräfte:

1. Angelernte Arbeiter	3,80 M. nach 1 Jahr 4,00 M.
2. Angelernte Arbeiter	3,20 M. nach 1 Jahr 3,40 M.
3. Handwerker	4,10 M. nach 1 Jahr 4,30 M.
4. Jugendliche 2.— M. bis 2,80 M.	

B. Weibliche Arbeitskräfte:

1. Angelernte Arbeiterinnen	2,70 M. nach 1 Jahr 2,80 M.
2. Angelernte Arbeiterinnen	2,30 M. nach 1 Jahr 2,40 M.
3. Angest. mit bel. Verantw.	2,90 M. nach 1 Jahr 3.— M.
4. Jugendliche 1,60 M. bis 2,00 M.	

Neben diesen Lohnsätzen bleiben die bisherigen laufenden Wirtschaftsbeträgen von monatlich 60 M. für Jugendliche, 75 M. für Bediener und 90 M. für Beamtinnen weiter bestehen. Die Kinderbeihilfe wird von 20 M. auf 35 M. monatlich erhöht.

Das Wochenentlohn der Gemeindefarbeiter schwankt nach dieser Entscheidung zwischen ca. 200 M. für ungeschulte Arbeiter bis ca. 250 M. für berufstätige Handwerker mit drei Kindern. Bei den Arbeiterinnen von 147 M. bis ca. 200 M. pro Woche. Das Gesamtresultat der Verhandlungen gegenüber dem Stande vom 31. März er. beträgt je nach dem Familienstande ca. 58 M. bis 70 M. pro Woche.

Der Schiedspruch bleibt ungeschult um 30 bis 50 Pf. pro Stunde unter den, von den Arbeitern aufgestellten Forderungen. Die Parteien haben innerhalb 14 Tagen ihre Erklärung zu dem Schiedspruch abzugeben. Die Entscheidung der Arbeiter wird durch Abstimmung herbeigeführt werden.

### Der Streik in der Stadt- und Gipsbaubranche.

Eine am Freitag, den 16. d. Mts. im Gewerkschaftshaus stattgefundene Versammlung aller Streikenden, nahm Kenntnis vom Verlauf und Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Ueber die 8 wichtigsten Punkte, 1. Festsetzung des Lohnes, 2. Regelung der Arbeitszeit, 3. des Arbeitsnachweis; wurde eine Einigung zunächst erzielt. In Punkt 1., der Lohn beträgt jetzt für alle Stadtbauer, Bildhauer, Maler- und Zementdrapierer 7 M., Spanner und Putzwerker 6,75 M., Gipsarbeiter 6,75 pro Std. Die Arbeitszeit ist wie folgt geregelt, vom 16. Januar bis 30. Nov. Anfang 10 Uhr mit einer 1/2 Std. Frühstück- und Pausenpause 8 Std., vom 1. Dez. bis 15. Jan. Anfang 8 Uhr mit gleichen Pausen 7 Std. Zum Arbeitsnachweis schlugen die Arbeitgeber Abänderung vor, hiergegen wurde aber in aller schärfster Form protestiert, und eine Erklärung von Seiten der Verhandlungskommission der Streikenden abgegeben, daß es sich beim Arbeitsnachweis nur um die Einweisung der Maler, Spanner, Tücher und Gipsarbeiter in denselben handeln würde, welche unbedingt erfolgen müsse. In der Diskussion wurden die Zugeständnisse der Arbeitgeber, vielfach als unzureichend betrachtet, jedoch müsse auch den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Da außerdem noch Verhandlungen einzelner Unternehmer über die Wiedereinstellung der Arbeiter der Verhandlung mitgeteilt wurden, so gelangte nach folgender Resolution zur einstimmigen Annahme.

Die heutige Versammlung hat sich streng an den geschaffenen Arbeitsnachweis, die Kollegen verpflichten sich, — sollten die Arbeitgeber gewillt sein an dem Arbeitsnachweis zu rütteln — die Arbeit sofort wieder einzustellen. Gleichfalls verpflichten sich die Kollegen, der Wiedereinstellung der Arbeiter mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Die Arbeitsaufnahme erfolgt auf Grund oben erzielter Einigung, am Montag, den 19. d. Mts. morgens 7 1/2 Uhr.

Des weiteren wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Kollegen, welche Streikbruch verübt haben, nach Möglichkeit zu melden sind. Wer dies nicht tut und in aller Öffentlichkeit richtig gestellt werden, dieses kann an dieser Stelle geschehen, der Kollege Wilhelm Nordmann, Putzer, Reußstr. 11, nicht identisch mit demjenigen, welcher Streikbruch verübt hat. Die Bestätigung des Streikbruchs dem Obmann gegenüber, wurde mit Bedauern zurückgenommen. Es gibt noch einen Putzer Nordmann, welcher aber nicht gewerkschaftlich organisiert ist.

### Zur Lohnbewegung der Tiefbauarbeiten.

Die Tiefbauarbeiter Berlins nahmen in einer gut besuchten Versammlung am Freitag den Bericht der Verhandlungskommission entgegen. Der Sektionsleiter Lorenz vom Bauarbeiter-Verband führte einleitend in seinem Bericht aus, daß die Zentralverhandlungen mit dem Reichverband des Deutschen Tiefbauverbandes am Mittwoch gescheitert sind.

Nachdem am Donnerstag morgen auf einzelnen Arbeitsteilen die Arbeit niedergelegt wurde, sahen sich die Tiefbauunternehmer Berlins zu Verhandlungen genötigt. Die Lohnkommission stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich nur um die Anerkennung der Beschlässe von Hannover vom 1. April handeln könne. Die Unternehmer erklärten sich, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Generalversammlung damit einverstanden. Es tritt also ab 8. April für alle im Tiefbauwerke beschäftigten Gruppen eine Lohnzulage von 1,25 M. in Kraft. Die Rückzahlung erfolgt am 24. April. Die Geltungsdauer dieser Vereinbarung läuft bis zum 31. Mai d. J.

In der Diskussion erklärten sich die meisten Medner mit dieser Regelung einverstanden. Die Arbeitsaufnahme soll am 17. April erfolgen. Dagegen wurde noch darauf, wenn die Tiefbauunternehmer die Zulage bis zum 24. April nicht zahlen sollten, dann soll am Montag, den 21., die Arbeit allgemein eingestellt werden.

In seinem Schlusswort wies Lorenz noch darauf hin, daß nun endlich auch im Tiefbauwerke die Zersplitterung der Organisation aufhören müsse. Wenn auch von einigen Vorkämpfern die Betriebsorganisation als die allein richtige Form gezeichnet werde, so müßten sich die Tiefbauarbeiter darüber aber klar werden, daß nur eine geschlossene Arbeiterschaft imstande ist, der Willkür der Tiefbauunternehmer einen Riegel vorzusetzen.

### Lohnbewegung der Asphalture.

In der Generalversammlung der Asphalture am Freitag gab nach der Wahl von zwei Ersatzvertretern für den Hauptvorstand Genosse Fink ein Bericht über eine unverändliche Auszahlung der Arbeiter mit den Arbeitgebern, wovon ein schluß eines neuen Tarifes. Trotz bestimmter Zusagen baldiger Überwindung eines Gegenantrages der Unternehmer, ließen sie nichts von sich hören. Also auch hier, wie sehr im allgemeinen bei allen Unternehmern Verflechtungspolitik. Es wurde nach eingehender Aussprache ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Asphalture verlangen, daß bis 21. April der Lohn unter Nachzahlung laufe. In diesem Zuge ist ein Vorbehalt von mindestens 200 M. zu zahlen. Wird die Forderung nicht erfüllt, so behalten sich die Arbeiter vor, ihrerseits andere Maßregeln zu ergreifen.

Der Ortsausflug für den Freitag wurde auf einstimmigen Beschluß um 20 Pf. erhöht.

### Lohnunterschiede der Mühlenarbeiter Groß-Berlins.

Trotz der immer fortwährenden steigenden Teuerung aller Bedarfsartikel des zum Lebensunterhalt notwendigen, sollte man annehmen und glauben, daß die dabei in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter ebenfalls so automatisch ohne jedes etwas dazu zu unternehmen, eine Steigerung ihres Einkommens bemerkbar mache. Weis gefehlt. Schritt für Schritt müssen die betreffenden Arbeiter um jede ihnen zu gewöhnliche Lohnherabsetzung einen zähen Kampf führen. Löhne werden zur Zeit in den Mühlen bezahlt, die weiter unter dem stehen, was zum Einkauf des notwendigen erforderlich. Ein im Februar vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällter Schiedspruch, lebten die Mühlenarbeiter in. Durch Arbeitsniederlegung sahen die Unternehmer sich gezwungen, zu den vor dem Schlichtungsausschuß zurzeitigen Löhnen für alle in Frage kommenden von 10 M. wöchentlich zuzulegen. Beträufelt wurde dabei weiter, daß, sobald die mit der Reichsgetreidestelle zusammengehörigen Verhandlungen der Unternehmer betr. Erhöhung der Mühlenlöhne beendet, erneut über die Lohnfrage mit den Arbeiterorganisationen verhandelt werden sollte. Das letztere ist nun geschehen. Die Unternehmer erklärten, daß sie nicht in der Lage sind, noch den ihnen von der Reichsgetreidestelle zugrundegelegten Mühlenlöhnen, weitere Zugeständnisse zu machen. Sollte eine Schlichtungsiniziativa anderer Meinung sein, würden sie sich deren Urteil unterwerfen. Sie hoben ferner hervor, daß durch die restlose Bezahlung der acht Streikende, derzeitig durch die Kapitalgeber, ihnen ein gewaltiges Opfer auferlegt und sie sehr von keiner Seite eine Deckung dieserhalb zugestanden sei.

Die Lohnkommission beauftragte die Organisation des Brot- und Mühlenarbeiterverbandes zwecks Fällung eines Schiedspruches sich an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu wenden.

### „Revolution“ in der Knorr-Dremsse.

Die Arbeiter der Knorr-Dremsse nahmen in einer Versammlung am Sonnabend die Berichte der eingesetzten Kommissionen entgegen. Es wurde bekanntgegeben, daß der Schlichtungsausschuß bereits zusammengetreten sei. Die Firma hat einigen Ausschussmitgliedern mitgeteilt, daß wenn die Arbeiter damit einverstanden seien, eine Lohnzulage für Männer und Frauen in Höhe von 250 Mark, Jugendliche 125 M. stattfinden würde. — Eine gemeinschaftliche Sitzung des Ausschusses und Arbeiter-Ausschusses hat ergeben, daß die Forderungen des Ausschusses freilich erfüllt seien. Von lächerlichen Angriffen gegen irgendein Direktionsmitglied kann überhaupt keine Rede sein.

Ueber die Verhandlungen teilt der Obmann Haas mit: „Bei den Verhandlungen vor dem Demobildungsausschuß am Sonnabend ist vereinbart worden, daß die Arbeit am Montag, den 19. d. Mts., wieder aufgenommen wird.“

### Gewerkschaftler! Parteigenossen!

Der Kampf im Gastwirtgewerbe ist entbrannt. Ein großes Teil des Personalrats wohnt beim Unternehmer und wird auf die Straße geschickt. Hier kann und soll und jeder organisierte Arbeiter helfen. Stellt und nach Möglichkeit für einige Tage Schlafgelegenheit für unsere Mitglieder zur Verfügung!

Zentralleitung im Gastwirtgewerbe, Berlin N. 24, Eljafer Straße 58-59.

Die Streikbewegung im Gastwirtgewerbe, die von Anfang an mit großem Nachdruck geführt wurde, steht für die Angestellten anscheinend günstig. Wie das Streikblatt zeigt, hat eine ganze Reihe von Betrieben die Forderungen bewilligt, so daß bei einer Anzahl von Betrieben, darunter auch großen Hotels und Restaurants sich kaum eine Störung bemerkbar machte. Wie wir hören, haben sich ferner verschiedene Weinrestaurants, besonders im Westen, Dienen und Pilsenerbetriebe mit den Angestelltenorganisationen geeinigt. Auch die Kaffeehäuser in Schöneberg und Prenzlau sind geöffnet. Die Stimmung unter den Streikenden ist daher vorzüglich.

Rein Boykott über G. u. K. Bezugsnehmend auf unsere Kolon in Nr. 128, in welcher wir die Mitteilung des Schneider-Verbandes wiedergaben, daß über die Firma Brennmeister die Sperre verhängt ist und kein Mitglied des Schneiderverbandes bei dieser Firma Arbeit nehmen darf, teil und der Schneiderverband, um Wiedereinstellung zu vermeiden, mit, daß ein Boykott über die Firma G. u. K. Brennmeister nicht besteht.

In der Sechsmaschinenfabrik Ludowig haben gestern fünf Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Posten ausgetauscht erhalten und sind somit entlassen worden. Vom Metallarbeiterverband sollen nun zwecks Beilegung der Differenzen Verhandlungen mit dem Metallindustriellen-Verband anknüpft werden. Sollten diese zu keinem Ergebnis führen, wird der Schlichtungsausschuß angerufen werden.

Metallformer und Berufsangehörigen beschäftigten sich am Donnerstag in einer Branchensammlung in den Hallen „Südost“ mit der Frage der gegenwärtigen Lohnverhältnisse. Der Branchenvorstand Tiedemann teilte dazu mit, daß die Branchenkommision mit den Unternehmern bereits Verhandlungen geführt hat. Von der Tatsache ausgehend, daß in der Metallformenbranche eine äußerst günstige Konjunktur ist, wurde von den Kollegen in den Betrieben zum Teil recht weitgehende Forderungen gestellt. Die Unternehmer waren aus diesem Grunde bereit, sofort über Bewährung von Teuerungszulagen und Erhöhung des Grundlohnes zu verhandeln. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer legte als Norm fest, daß für die gesamte Branche der Metallformer nur die Klasse 1 und 2 des bereits bestehenden Tarifabkommens in Frage kommen könne. Erweitert wurde, daß die Verhandlungen noch nicht ganz abgeschlossen sind, daß aber die bestimmte Hoffnung bestehe, daß die demnächst stattfindende Generalversammlung der Unternehmer dem zustimmen werde. Zur Frage der Erhöhung des Grundlohnes der tariflichen Höhe ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen maßgebend. Voraussetzungen für die Erhöhung für sämtliche Arbeiter durchschnittlich um 60 Pf. erhöht werden, jedoch wird die am kommenden Montag stattfindende Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter sich erst nach dem Ergebnis der Verhandlungen äußern.

Charlottenburg. In der am 18. April stattgehabten Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde einmütig der Obmann Genosse Fleming, einige geschäftliche Mitteilungen betreffend der Feier des 1. Mai und der Bezahlung der Generalstreiktag. Ferner soll für die Angehörigen der gefallenen Opfer in den Märztagen bezüglich des Kapitalbesitzes eine Sammlung stattfinden, für die um rege Beteiligung gebeten wird. Sodann hielt der Genosse Paul Sommer einen Vortrag über das zeitgemäße Thema: „Industrieerben und Betriebsorganisationen“, dem folgende Entschlüsse zugrunde lag: „Von dem Gedanken ausgehend, daß es notwendig ist, gegen den Kapitalismus die geschlossene Einheitsfront der Gewerkschaften zu erhalten und zu stärken, erklärt die heutige Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission, daß sie in den Bestrebungen zur Gründung von sogenannten revolutionären Betriebsorganisationen, Frau- und Angestellten-Verbindungen eine stärkere Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung erblickt. Ungeachtet dessen zieht sie auch in den freien Gewerkschaften ein Umformungsprogramm zu großen Kampfgruppen Industrieerben, wie es gegenwärtig in der Bauindustrie in die Erscheinung tritt. Es muß sich für alle Gewerkschaftskräfte darum handeln, diesen Prozeß durch Ausbau des bestehenden Zentralverbandes zu fördern.“ Ohne Debatte wurde diese Resolution einstimmig angenommen. Zum Schluss erwidert Genosse Fleming, zu dem am Montag, den 19. April, abends 7 Uhr, im „Vollbau“ stattfindenden öffentlichen Gewerkschafts-Pranumium die Agitation recht rege zu betreiben.

# Auf zum Frauentag!

Von Bertha Braunschweig.

Dem Beschluß der letzten internationalen Frauenkonferenz vor dem Kriege, die im Jahre 1910 in Kopenhagen stattfand, alljährlich in allen Ländern gleichzeitig einen Frauentag zu veranstalten, liegt ein wunderbarer Gedanke zugrunde. Mit Begisterung wurde diese Anregung, die von Amerika kam, vor allem in den Ländern aufgenommen, wo die sozialistische Frauenbewegung schon stark Wurzel gefaßt und eine glänzende Richtung eingeschlagen hatte; so in Deutschland, Oesterreich, in der Schweiz, Holland und in den skandinavischen Ländern. Wenn auch selbstverständlich die Frauen des Proletariats an der Seite der Männer alle Kämpfe mitmachen, sich an allen ihren Aktionen beteiligen und mitwirken, so macht die eigenartige Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft ihre Zurücksetzung und geringe Einschätzung es doch notwendig, durch eine eigene Aktion gegen diese Ungerechtigkeiten des heutigen Systems zu protestieren.

Fast in allen europäischen Ländern mußten die Frauen vor dem Kriege in allen das Wahrtum zu allen parlamentarischen und politischen Kampfschlachten kämpfen. In England, wo eine starke bürgerliche Frauenbewegung den Kampf um das Frauenwahlrecht führte, trat die sozialistische Frauenbewegung mehr in den Hintergrund und deshalb hat sich auch hier der Frauentag nicht so recht eingebürgert. Dagegen bekam die Frauenbewegung durch die alljährlich wiederkehrenden Frauentage in Oesterreich und Deutschland, in Holland und in den skandinavischen Ländern einen starken Anstoß, sie haben zur Verbreitung und Vertiefung des Gedankens der politischen Gleichberechtigung der Frauen viel beigetragen. Die Revolution hat mit einem Schloge den wütendsten Kämpfen ein Ende gemacht und das Frauenwahlrecht in Oesterreich und Deutschland geschaffen; die politische Umwälzung während des Krieges hat es aber auch in Holland und in den skandinavischen Ländern zum Siege geführt. Den Sozialistinnen aller Länder war es aber klar und wurde von ihnen immer ausgesprochen, daß allein durch die Erringung des Frauenwahlrechts das wirtschaftliche Elend, die Armut und Ausbeutung des Proletariats nicht beseitigt werden könne, sondern daß es auch benutzt werden muß, um das weibliche Proletariat für den Klassenkampf zu schulen und ihm eine Waffe gegen seine Unterdrücker in die Hand zu geben.

Die Erfahrungen seit der Revolution haben bewiesen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht gewillt ist, das von der Proletarierinnen wirklich zu verbessern. Der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist noch immer nicht durchgeführt. Was sollen aber auch die Unternehmer fortschrittlicher sein als die Regierung, die durch die Befestigung eines fast um die Hälfte niedrigeren Unterhaltungslohes für die weiblichen Erwerbstätigen den Grundlag der Ungleichheit fördert? Die Arbeiterinnen sind noch immer vor den Beschleichen der Männer gegenüber zurückgesetzt. Und wenn wir Sozialistinnen den bürgerlichen Frauen gegenüber immer unsere selbständige Stellung betonen und ihren Aufforderungen zu gemeinsamen Vorgehen im Frauenwahlrechtskampf keine Folge gegeben haben, so hat sich in dieser Zeit der Revolution gänzlich unsere Ansicht bewährt, daß es keine Geschlechtersolidarität, sondern nur eine Klassensolidarität geben kann.

Die Beratungen über die Reichswochenhilfe in der Nationalversammlung haben es bewiesen, als alle bürgerlichen Frauen einseitig die Rechtssozialisten gegen unseren Antrag sprachen und stimmten und so unsere Vorlage zu Fall brachten. Diese Vorlage hätte den arbeitenden Frauen acht Wochen vor der Geburt und acht Wochen nach der Geburt des Kindes die Geldunterstützung in der Höhe des ortsüblichen Tageslohnes sowie unentgeltliche Hebammen- und Arztgebühren, ferner ein Zuschlag in der Höhe des ortsüblichen Krankengeldes während 26 Wochen gesichert, während das anerkannte Gesetz nur eine Unterstützung in der Höhe des ortsüblichen Krankengeldes vorsieht. So sind wir gezwungen, immer wieder auf Verbesserung dieses Gesetzes zu drängen, die Forderung nach einem ausreichenden Schutz für die Schwangeren und Mütter.

nerinnen, nach Schaffung von genügenden Erziehungsinstitutionen, unentgeltlicher Hebammen- und Arztgebühren, von Säuglingskrippen und Kinderhorten zu erheben, um endlich einmal die lebenswichtigen Zustände zu bessern, daß die Frauen infolge ungenügender Nahrung, frühzeitiger Aufnahme der gewerblichen Arbeit, infolge mangelhafter Hebammenhilfe dahinsinken und zugrunde gehen. Die Frauen aller Länder erheben immer dringender und energischer den Ruf nach einem ausreichenden Mutter- und Kinderchutz. Er ist eine Kulturforderung ersten Ranges geworden.

Sowjetrußland hat gezeigt, was eine sozialistische Regierung auch auf diesem Gebiete leisten kann. Ein eigenes Komitee mit Regierungsvollmachten ausgerüstet, arbeitet planmäßig an der Schaffung von Mütterheimen und Säuglingskrippen in ganzen Lande, die der russischen Proletarierin die Ueberzeugung beibringen können, daß die Regierung ihres Landes wirklich für sie zu sorgen bemüht ist.

Daneben sind aber unsere alten Forderungen noch immer nicht erfüllt. Gegen den Achttundentag, den uns die Revolution brachte, wird von den Unternehmern Sturm gelaufen. Die Regierung hat bei den Bergarbeitern bereits den Grundsatz des Achttundentages durchzusetzen. Sicherung des Achttundentages, aber darüber hinaus Einführung des Sechstundentages für die Frauen, Jugendlichen und Arbeiter in gesundheitschädlichen Betrieben, dafür müssen wir auch diesmal wieder einstreiten und kämpfen. Die Forderung nach Abschaffung der Nachtarbeit der Frauen, nach der Beseitigung der noch vorhandenen rechtlichen Ungleichheiten in unserem staatlichen Leben haben wir gleichfalls nicht aufgegeben.

Wir befinden uns in einer äußerst gespannten, revolutionären Situation. Das kapitalistische System hat abgewirtschaftet, es kann nicht mehr den Bestand und die weitere Entwicklung der Gesellschaft sichern; es verhindert die wirklich planmäßige Organisation des Wirtschaftslebens, die Einführung der im Allgemeininteresse gelegenen sozialistischen Bewirtschaftung durch Ausschaltung des Privatkapitalismus und des Kapitalprofits. Ein erlebter Ringen zwischen den an ihre Vorherrschaft und ihre Profite sich klammernden bürgerlichen Klassen und dem ankommenden sozialistischen Proletariat hat eingesetzt. In diesem Kampfe um den Sozialismus, der sich jetzt in seiner schärfsten Form abspielt und noch schwere Opfer von uns allen erfordert, stehen die sozialistischen Frauen und Mädchen geschlossen an der Seite der Männer und kämpfen gleichzeitig auch um ihre Befreiung aus Armut und Elend.

Aber nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der Welt geht der gleiche Prozeß der Entwicklung vor sich, macht die Revolutionierung der Arbeiterklasse riesige Fortschritte. Unsere Wirtschaft und unsere ganze Bewegung hängt innig mit der der anderen Länder zusammen. Die Arbeiter aller Länder haben das gleiche Ziel — die Erringung des Sozialismus, den gleichen Weg — den Klassenkampf zur Beseitigung des Kapitalismus. Die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, die sich gerade in diesen Tagen des Kampfes, am 2. Mai zum internationalen Frauentag versammeln, legen damit erneut ihr Bekenntnis zum internationalen Sozialismus, zur internationalen Solidarität ab. Sie kennen keine nationalen Erwägungen und keinen Haß gegenüber den Vätern jenseits der Grenzspalte. Sie wissen sich eins mit den Arbeitsschweigen und -Mädchen der anderen Länder in ihrem Streben, eine bessere, menschenwürdige Zukunft zu gestalten, und sie wollen mit ihnen kämpfen und arbeiten, um die Arbeiterklasse in allen Ländern zum Siege zu führen.

In diesem Zeichen der internationalen Solidarität und des internationalen Klassenkampfes, im Zeichen der Weltrevolution soll auch der diesmalige Frauentag abgehalten werden.

## Proletarische Feiertage.

Am Sonntag, den 25. April, findet unsere nächste Veranstaltung im Großen Schauspielhaus statt. Die zum 14. März gehaltenen Korien haben hierzu Gültigkeit. In unserem Bureau, Schilderstr. 5-6, und im Parteibureau, Lichtenberg, Neue Bahnhofsstraße 81, sind noch Korien zum Preise von 2 M. zu haben.

# Groß-Berlin.

## Die Gemeindesteuer-Veranlagung.

Nach den neuen Steuergeetzen des Reiches wird in Zukunft die direkte Einkommensteuer vom Reiche erhoben. Staat und Gemeinden sollen aus dem Einkommen bestimmte Zuweisungen erhalten. Dafür verlieren die Gemeinden das Recht, zu den Einkommensteuern Zuschläge zu erheben. Für das verfloßene Steuerjahr 1919 ist den Gemeinden in einer besonderen Steuervolle durch den Staat das Recht gegeben worden, den Zuschlag stufenweise zu erheben in dem Sinne, daß bei Einkommen bis 3000 Mark die Tarifsätze herabgesetzt werden können, während der hierdurch entstehende Steuerausfall durch Erhöhung der Zuschläge bei Einkommen von 6500 Mark aufwärts gedeckt werden kann. Diese Bestimmung ist als Mangel empfunden, ebenso sind einige andere Bestimmungen dieser Novelle angefochten worden. Um dem abzuwehren, hat die Regierung der Preussischen Landesversammlung ein Gesetz unterbreitet, daß die Vorschriften über das Gemeindeabgabengesetz abändert. Es soll zulässig sein, bei der den Gemeinden notwendig erscheinenden Nachbesteuerung für das Jahr 1919 so zu verfahren, daß die Einkommensgrenze, bei der die Erhöhung beginnt, heraufgesetzt werden kann. Gemeinden mit Vorkostenmitteln können danach die Einkommensgrenze, von der die erhöhten Zuschläge erhoben werden soll, von 6500 Mark auf 10 000 Mark heraufsetzen. Das war bisher nicht zulässig, ist aber sehr notwendig, je nach der sozialen Struktur der Gemeinde. Die Nachbesteuerung für 1919 dieser Gemeinden wird durch das neue Gesetz auf rechtliche Grundlage gestellt und wird den Gemeinden gute Dienste leisten können.

Besser wäre es gewesen, wenn schon im Vorjahr der Finanzminister ganze Arbeit gemacht und den Vorkosten zugestimmt hätte, die unsere Genossen in der Preussischen Landesversammlung zur Gemeindesteuerung gestellt hatten.

## Der absolute Gemeindevorsteher.

Reine Zustände herrschen in der Gemeinde Schwabau (Kreis Teltow). Anlässlich des Kampftätigkeit-Putsches kam es zu einer Spaltung in der Gemeindeverwaltung. Das bürgerliche Bürgertum machte aus seinen Sympathien mit den Reichstreulichen kein Hehl. Offen und beredt wurde ihnen zugejubelt und unsere Parteigenossen bei jeder passenden Gelegenheit angepöbel. Als durch das Eingreifen der Arbeiterklasse der Stappeln das Bandweil gelegt war, trat allerdings eine Ernüchterung ein. Allseitig bräute man auf Pöde. Anlaß ihren Hochgedanken Ausdruck zu geben, sollte die am 17. März vorgenommene Entlohnung der dortigen Einwohnerräte bieten. Man rief die in Grünau und Umgebung liegenden Lützowstruppen, denungierte unsere Parteigenossen der Aufsicht. Am 21./22. März wurde der Ort besetzt und 16 Verhaftungen vorgenommen, hauptsächlich führende Genossen beider Richtungen, und die Verhafteten vor das Standgericht in Grünau geschleppt. Vier Todesurteile wurden gefällt, sogar gegen Personen, denen man nichts weiter vorwerfen konnte, als daß sie Mitglieder der Sozialdemokratie waren. Doch die Todesurteile nicht vollstreckt werden, ist nur dem taufkräftigen Eingreifen der Arbeitervertreter im Parlament zu verdanken. Die Rufen für die Verhaftungen wurden den Lützowern von „rechtschönenden“ Einwohnern geleistet.

Nachdem die Reichsregierung geistlich, bemüht hat sich deren Anhänger allerdings eine isolierende Angst. Sie, die bisher jubelten, sich mit Absingen patriotischer Lieder nicht genug tun konnten, nur noch mit Ständer, Sandhaufen und Erbsen operierten, sritten jetzt alle Mühseligkeit ab und führten die Vorloamnisse auf das große Räderhandeis zurück. Unsere Parteigenossen in der Gemeindevorstellung, die Schöffen waren von ihren Posten zurückgetreten, beabsichtigten die Vorloamnisse in einer Gemeindevorstellung zur Sprache zu bringen. Der Gemeindevorsteher über dessen Stellungnahme man sich nicht klar ist, ließ aber die für den 25. März resp. 8. April fälligen Sitzungen ausfallen. Eine für den 15. April eindernde Sitzung wurde

# Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzenberger.

Dieser Auftrag kam dem Muderl sehr gelegen. Das in ihm gefasste Vertrauen und der zugelegte Bestand hoben seinen Mut. Er war gekränkt und gereizt durch die rücksichtslose Weise, mit der ihn Selene verlassen hatte und allein stehen ließ, unbefürmert darum, wie ihm dies gefallen, oder nicht gefallen mochte. Er wollte einmal öffentlich sein Recht auf die Dirne behaupten und diese zwingen, es selbst anzuerkennen. Denn die Hochmütigkeit, mit der sie ihn bisher unter vier Augen behandelte, ident sie sich wohl hier vor den Leuten zu zeigen. Was sie nachher paar Tage trug, aber auch trug, daß er nicht der Durche sei, der sich lust alles gefallen ließe; das macht ihm Ehr' und lehrt sie nachgeben.

Er trat also in die Schenkstube und sagte: „Gleich geht der Toni wieder los.“

Ein Schwendkorf sagte über die Kachel weg: „Danke schön für's Ansehen. Braucht's nit' A'rdten, daß wir webleiben.“

„Um Euch is kein' Frag'. Bleibt's, wo's wollt's. Seien'!“

Sie sah noch ihm und tat ganz unbefangen.

„Kommt her!“

„W'ist schlecht,“ lachte der Toni. „Du halt's t' wohl für ein' Bummel.“ der laufen müßt, wenn du schon herein da' loagt.“

„Mit dir red' ich nit, Sternsteinhofersbub.“ sagte Muderl. „Selene, komm mit mir d'rout, loag' ich!“

„Ja, wenn du so ein' strengen Herrn bist.“ höhnte Toni gegen das Mädchen. „dann heb' dich nur lästig und eil!“

Selene sah rotrot, sie streckte die gefalteten Hände in den Schoß und zog die Beine unter den Stuhl.

„Du siehst, sie will nit,“ fuhr Toni, zu Muderl gewendet fort. „geh' dir also a andere suchen, und is nit um dein' W'ist.“

„Ach geh' nit ohne ihr.“

„Süßling.“ lachte der Toni einem vierstötigen

Burischen zu. „mir scheint, der find't nimmer die Tür, weiß ihm' n Weg.“

Der breitschultrige, baumsonge Burische trat auf Muderl zu und gab ihm einen leichten Stoß, der den kleinen Bergottmager gleichwohl wanken machte. „Geh', sei g'hebt,“ tate er zu ihm. „mach' fort, bist ja unnötig.“

„Rein.“ knirschte Muderl.

„Na, sei nit dumm, W'berl.“ sagte gutmütig der Süßling.

„Wirst doch nit' woll'n, daß ich dir was mit' auf'n Weg gib? Kömmt' t' schwer d'ron' t'ragen haben.“

Da Muderl in das laute Gelächter der Schwendkorf und etliche Zwischenbühler einstimmen hörte, so geriet er vor Mut außer sich und führte nach der Brust seines Gegners einen Faustschlag. Der Süßling sah ganz verblüht daren, als er sich für seine gute Meinung so übel gelohnt fand und holte eben mit der rechten sehr saute, fast särtorisch aus, da stürzte der Toni dazwischen.

„Den laßt's mir.“ lachte er. „das is mein Mann!“

Nach kurzem Ringen ward der Knecht Muderl in eine Ecke geschleudert und schlug dort so wuchtig mit dem Rücken gegen eine schwere Tischkante, daß er laut aufschreihend, zusammenbrach.

Da kam durch die Tür ein irdenes Weinkruglein geflogen, das offenbar nach dem Kopfe des Toni gezielt, aber zu hoch angezogen war, es schmetterte gegen das Kinn Süßlingers, der stand starr, aber nur einen Augenblick, dann fuhr er, wie toll, aus der Stube; das hatten die Zwischenbühler vorausgesehen, sie stoben auseinander und Einer, der sich außen knorp an die Mauer drückte, stellte dem Verfolger ein Bein, so daß der mit trockenem Gepolter hinfiel, und nun verachtete sie ihn an den Armen und beim Schopfe nach dem Tanzboden hinüberzusehen. Süßlinger, dem sofort die Vermutung aufdämmerte, daß es ihm, wenn er draussen bliebe, wohl weniger „verischüag“, als wenn ihn seine Gegner hineinbekämen, begann aus Leibeskraft zu schreien: „Heiß's, heiß's, heiß's mer doch, Deutein!“

Auf das eilten die Schwendkorf herbei und fachten ihn an den Hüften und zogen ihn dann zurück. Es begann ein erbittertes Hin- und Herzerren. Bald war der Süßling mit Kopf und Armen im Tanzlokal, bald mit den Beinen, so lara sie waren, in der Schenkstube, immer aber mit dem Rumpf in dem Flur. Mit einmal boten die Zwischenbühler ihrerseits alle Gewalt auf und als sie vom anderen Ende her auch den äußersten Kraftaufwand verzwürten,

ließen sie lachend los, die Schwendkorf prollten zurück und schickten, bis in die Mitte der Stube tummelnd, den Geretteten nach sich, dessen Gesicht dabei die Diale feigte, bis sie ihn schwer auf selbe niederklumpfen ließen.

Der Riese blieb eine Weile auf beiden Ellbogen und stützte mit nachdenklich gekrümmter Handte liegen und überlegte den Fall, der so ganz kein eigener war, dann raffte er sich empor, bedachte, daß er für diesmal genua habe und die andern ihre Sache ohne ihn ausmachen könnten; wankte in eine Ecke und blieb dort, den Kopf zwischen den Händen, sitzen. Die anderen wollten eben daran gehen und, keinem freundschaftlichen Rate folgend, die Sache ohne ihn zum Austrag bringen, als der Wirt herbei geeilt kam.

„Ganz! Ganz!“ zetzte er.

Aber der Robenlohn meldete sich mit feinem Laut, er hatte sich vor das Haus geschlichen und war den geärrlichsten Dirnen, die zu den Fenstern hinaus flüchteten, beim Heraussteigen behilflich.

Ohne auf den Ungerechten zu warten, stürzte sich der Wirt mitten unter seine aufgeregten Gäste. „Ausg'halten!“ befahl er. „Das loag' ich eng', Bub'n, g'raust wird da nit bei mir!“

„Weng' dich nit ein.“ lachte man ihm entgegen.

Mit autoritärer Gebärde streckte der Wirt gegen einen der Schreier den Arm aus, da ward er aber gleichseitig von einem Hund angefaßt und floz aus der Stube, daß der Türhöl schüttelte und der Haß von der Wand blätterte. Er kam nicht wieder zum Vorklein, überließ es den Gästen, sich selbst zu bedienen, und wünschte aus ergrimmter Seele Tiefen, daß keiner dabei zu kurz kommen möge.

Indes waren die Zwischenbühler und die Schwendkorf aneinandergeraten; aber bald schämten sie sich, daß sie wie die Vektien des Waldes sich mit den Jähnen und Klauen, Franken und Quers anfallen sollten, das Gefühl menschlicher Würde erwachte und rüttelte auch die Erfindungsgebe auf; Schwache, die auf eine Ausgieichung der Kräfte bedacht waren, Starke, deren Arme an den zurückweichenden Feindling nimmer zu reichen vermochten, begannen Stuhlbeine auszuwerfen und nach beweglichen Gegenständen zu suchen, die noch selten Beiwunden geschleudert, sich oft sehr nützlich erwiesen. Nicht lange, so arbeitete man nur mit künstlich verlängerten Armen und mit Wirtungen in die Ferne. (Fortsetzung folgt.)

\* Bummel = Kommer, Epik, kleiner Hund.







# Für Wochenhilfe und Säuglingschutz!

## Deutsche Nationalversammlung

164. Sitzung. Sonnabend, den 17. April.

Bei der zweiten Lesung der Vorlage zur Änderung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge berichtet Abg. Frau Schröder (Soz.) über die Ausschussverhandlungen. Das Wohngeld soll in Höhe des Krankengeldes gezahlt werden.

Abg. Frau Zieg (U. Soz.):

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein dokumentarischer Beweis dafür, welche Pflichtenarbeit im vorigen Sommer die Nationalversammlung bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge geleistet hat. Die Darlegungen unserer Berichterstatterin haben das bereits nachgewiesen. Die einzelnen Paragraphen sind abgesehen von einem einzigen, nichts weiter als Fiktion, um das Gesetz vom 20. September 1919 zu reparieren. So wird viel Zeit und viel Kraft vergeudet, ohne daß nunmehr etwas wirklich Befriedigendes zustande gekommen ist, geschweige denn etwas Beschleunigtes. Dabei wurde gelegentlich der Verabschiedung des Gesetzes vom 20. September 1919 von allen Parteien unserer Kritik gegenüber wieder und wieder versichert, eine großzügige Reform des ganzen Versicherungswesens, insbesondere der Krankenversicherung und damit auch der Wochenhilfe müsse sobald als möglich kommen. Dies geschah, um unserer Kritik, die als berechtigt anerkannt wurde, Rechnung zu tragen. Nun haben wir dieses geradezu klägliche Bildwerk bekommen. Das ist natürlich keine Reform der ganzen Versicherungsangelegenheit, auch nicht als solche gedacht, wie uns die Frau Berichterstatterin gesagt hat. Aber es wäre dringend nötig gewesen, daß sie jetzt gekommen wäre. Es wird durch das vorliegende Gesetz, welches die Nationalversammlung beschließen soll, dieser selbst attestiert, wie oberflächlich und salopp sie im Jahre 1919 gearbeitet hat.

Die meisten Paragraphen des zur Beratung stehenden Entwurfs — darin stimme ich der Frau Berichterstatterin durchaus bei — bedürfen deswegen keines besonders langen Begründung, weil sie sachlich nichts ändern, sondern nur so formuliert sind, daß Versicherte und Krankenkassen nunmehr endlich wissen, woran sie sind, und die Krankenkassen, ohne fortwährend die Konsultation ausüben zu müssen, ruhig arbeiten können. Soweit sachliche Änderungen vorgenommen sind,

befriedigen sie wiederum durchaus nicht.

Das gilt z. B. von § 2, wo gesagt ist, daß dem § 3 des Gesetzes vom 20. September 1919 folgende Vorschriften beigelegt wird:

Die Zahlung kann mit Zustimmung des Oberversicherungsamts bis zur Höchstgrenze von drei Vierteln des Grundlohns das Wohngeld höher als das Krankengeld bemessen.

Gegen solche Mann-Bestimmungen haben wir eine starke Abneigung. Sie zeigen den Versicherten sehr schöne und wünschenswerte Möglichkeiten, die jedoch niemals oder nur sehr selten Wirklichkeit werden. In der Begründung des Entwurfs, der uns heute vorliegt, wird mit Recht von der hohen Bedeutung des Mutter- und Säuglingschutzes gesprochen. Warum aber zieht man da nicht die Konsequenz, an Stelle der Mann-Paragraphen die Paragraphen zu schaffen? Warum schafft man nicht das Obligatorium statt der — das Wort würde ich sehr mit Überlegung — der wichtigsten fakultativen Bestimmungen? Daß die Zahlung solche Bestimmungen schaffen kann, hilft den Wöchnerinnen gar nicht, sondern nur der Rechtsanspruch, daß ihnen die Erhöhung des Wohngeldes werden muß. Bei der Beratung des Ge-

setzes vom 20. September 1919 hatten wir beantragt, die Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen in Höhe des vollen Grundlohnes zu gewähren.

Das ist noch unserer Überzeugung bei den außerordentlich hohen Lebensmittelpreisen und Preisen für alle Lebensbedürfnisse das Minimum, das den Wöchnerinnen und Schwangeren als Obligatorium zuzuteilen muß, wenn sie nicht in den schweren Stunden, wo sie ihre Mutterpflicht erfüllen, die Sorge um das Brot quälen soll. Wollen Sie die Mutterschaft nur einigermaßen in ihrer sozialen Bedeutung würdigen, dann müssen Sie diesen Rechtsanspruch zugestehen.

Nur beantragen wir an § 2 einen Zusatz, und ich bitte Sie, diesen Zusatz mit anzunehmen. Genossinnen aus der sozialistischen Partei haben unsere Antrag erfreulicherweise mit unterzeichnet, und ich erwarte, daß Sie alle ihm zustimmen werden.

### Dieser Zusatzantrag

heißt:

„Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden Wöchnerinnenunterstützung und Stillgeld, falls das Kind lebt, an den Vater oder an diejenigen Angehörigen gezahlt, die für den Unterhalt des Kindes zu sorgen haben.“

Ich halte es für dringend notwendig, daß Sie diesem Zusatzantrag zustimmen. Gerade in den letzten Tagen habe ich eine Reihe von Zuschriften erhalten, in denen bittere Klagen erhoben sind, daß für solche Fälle in dem Gesetz keine Bestimmung enthalten ist, und in denen gebeten wird, Abhilfe zu schaffen. Ich glaube, einer langen Begründung bedarf unser Antrag nicht, er spricht für sich selbst.

Soll, wie es in der Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs heißt, die Wochenhilfe Säuglingschutz sein, dann darf man die finanzielle Beihilfe zur Pflege und Ernährung des Säuglings auch nicht entziehen, wenn ihm die beste Pflegerin, die Mutter, geraubt ist, die ihm zudem mit den Säften ihres Körpers auch die beste Nahrung reichen kann.

Die wichtigste Bestimmung des Gesetzes schafft § 3, der das Geminnis beseitigt, das der Kommunalisierung des Hebammenwesens bisher im Wege stand. In der preussischen Kommission für Bevölkerungspolitik ist seit Monaten der Entwurf, der die Kommunalisierung des Hebammenwesens vorsieht, vorbereitet. Aber es bestand die Befürchtung, daß die Krankenkassen nicht berechtigt waren, als öffentlich-rechtliche Körperschaft, Geldbeiträge für die unentgeltliche Hebammenhilfe zu zahlen, die den Wöchnerinnen durch öffentliche Hebammen gewährt wird. Der Zweck unseres Antrages, den wir im Sommer 1919 gestellt haben,

### Die obligatorische unentgeltliche Hebammenhilfe

den Wöchnerinnen zu gewähren, würde damit, wenn dieser § 3 in Preußen angenommen wird, erfreulicherweise erfüllt, wenn auch nicht durch Gesetz für die Wochenhilfe, dafür aber für Preußen für einen noch größeren Kreis von Personen.

Ich bedauere nur aufs Lebhafteste, daß diese Maßnahme, das Hebammenwesen zu sozialisieren oder zu kommunalisieren, wie überhaupt die Sozialisierung des gesamten Volkswesens, nicht vom Reich in die Hand genommen worden ist. (Sehe richtig! bei den U. S.) Gemißt werden, so hoffe ich wenigstens, nun auch die anderen Länder Preußen folgen, und darum bin ich den Genossen der preussischen Kommission außerordentlich dankbar, daß sie die Sache in Fluß gebracht haben, aber eine Entschuldigung für das Reich gibt es nicht, daß es nicht bahnbrechend vorgegangen ist und eine Unbilligkeit dieser wichtigen Einrichtungen von vornherein gewährleistet hat. (Erneute Zustimmung bei den U. S.)

In § 4 beantragen wir im dritten Absatz, Stelle 2, an Stelle der Worte „dabei beträgt das Wohngeld einundneunzig Mark täglich, das Stillgeld 75 Pfg. täglich“ die Worte zu setzen: „dabei beträgt das Wohngeld 3 Mark täglich, das Stillgeld 2 Mark täglich“. Angesichts der Lasten, die das Kind und eine Mutter kostet und eine weitere Erhöhung des Preises unmittelbar bevorsteht, ist eine Unterstützung von 180 Mark täglich so lächerlich gering, daß sie fast wie eine Verhöhnung der Wöchnerin klingt. Ebenfalls sieht es mit dem Stillgeld aus. Ein Liter Milch kostet in Berlin zwei Mark. Die Milch zu bezahlen, dazu muß das Stillgeld doch mindestens hinreichen. Dieses Liter Milch wird den Wöchnerinnen von den Ernährungsausschüssen der Städte zugesperrt. Was nützt es ihnen aber, daß ihnen die Milch zugesprochen wird, wenn sie nicht das Recht haben, sich das Liter Milch kaufen zu können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Es ist ganz gleich, ob die Mutter den Säugling nähren oder nicht. Nährt sie den Säugling, so muß sie die Milch für ihren Körper haben, nährt sie den Säugling nicht, dann ist die Milch direkt zur Nahrung des Säuglings notwendig. Zwei Mark sind daher das Minimum, was als Stillgeld der Wöchnerin täglich zu zahlen ist. Gibt doch das Reich Milliarden aus als Treueprämien für die Soldaten, wie wir im Roten in Kroatien nachlesen können, und hier würde es sich nur um ein paar Millionen, nicht Milliarden, handeln, die das Reich bezugehen hätte, um Zuschüsse zu den Ausgaben zu leisten, die den Krankenkassen erwachsen, um das Stillgeld für die Wöchnerinnen zu erhöhen.

Ich will auf den sachlichen Inhalt der übrigen Paragraphen nicht weiter eingehen; die Berichterstatterin hat ja ausführlich darüber berichtet. Ich hatte nur den Wunsch, diesen Antrag zu begründen und eine allgemeine Kritik zu üben. Ich bitte, unsere Anträge, die wir gestellt haben, anzunehmen. Wir sind der Überzeugung, daß eine weitreichende Mutterschaftsreform sowie eine Reform der ganzen Versicherungsangelegenheit die Arbeiterschaft nicht erlängern müssen. Hoffentlich werden die bevorstehenden Wahlen eine andere Zusammensetzung des Parlaments bringen und der künftige Reichstag mehr von sozialem Geist erfüllt sein und gerade auf diesem Gebiet weitreichende Beihilfe leisten. (Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Reichsfinanzminister Dr. Bartsch: Die finanzielle Tragweite des Antrages liegt im ungeheuren. Er würde 100 Millionen erfordern. In der zweiten Lesung kann man doch nicht Anträge von solcher Tragweite auf dem Gange lassen.

Abg. Frau Zieg (U. Soz.): Der Antrag würde höchstens eine Million erfordern. Daher dürfen wir nicht zu erschrecken in einer Zeit, in der für den Militärschatz Milliarden gepöpselt werden.

Abg. Frau Schröder (Med. Soz.): Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung werden wir einen noch viel weitreichenden Schutz der Wöchnerinnen verlangen müssen. Wir fordern anhrordenlich, daß wir dem unabhängigen Antrage auf Verbesserung der Unterstützung nicht werden stattgeben dürfen, weil wir das Gesetz jetzt nicht gefährden dürfen. Wir müssen hoffen, daß der künftige Reichstag so schnell wie möglich die Gesetze erlassen wird, die Wochenhilfe abändern.

Der Antrag Zieg zu § 4 wird abgelehnt. Der Zusatzantrag zu § 2 angenommen, die Vorlage dann in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

150 Mitschriften werden nach den Anträgen des Ausschusses ohne Rücksicht erledigt.

Das Haus verlegt sich auf Montag, 3 Uhr: Dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Grundschuln, Versorgung der Militärpersonen. Schluß 3 Uhr.

Das bekannte Grammophon-Gesicht Jul. Friedl, Friedrichstrasse 236 gibt ihr eine verdorrte oder abgenutzte Schallplatte, eine dicke Nadel, zwei, eine gut erhaltene Platte, Nr. 4 eine neue Platte, Nr. 1 ein Plattenbuch 25 um, Nr. 2 eine neue Nadelplatte, Nr. 3 eine neue Schallplatte, Nr. 4 eine gut erhaltene Trichterapparatur.

# unter 2000.-



für jedes einzelne der hier abgebildeten Kleidungsstücke!  
Das muß Ihnen die Veranlassung geben, daß Sie sich bei uns auch heute noch modern und flott kleiden können, ohne viele Hunderte dafür ausgeben zu müssen.

**Neuer Mantel** aus halbwolle Stoffe, elegant mit breitem Kragen, mit 100%igen feinsten Stoffen  
nur **149.-**

**Jugendl. Straßenkleid** in der so gern getragenen Overcoat-Form, mit weicher, eleganten Linien, besonders in einem Größenverhältnis  
nur **175.-**

**Eleg. Sommerkleid** aus feinstem Stoff, elegant mit breitem Kragen, mit 100%igen feinsten Stoffen  
nur **159.-**

**Schöne Hose** aus feinstem Stoff, elegant mit breitem Kragen, mit 100%igen feinsten Stoffen  
nur **59.50**

**C & A**  
Königsstraße 33  
Chausseest. 113

Garten- u. Balkon-Möbel

# Jandorf

Giesskannen Balkonkästen

Glas

Porzellan

Steingut

Emaille

- Kompotteller Diamantmuster ... 1.25
- Kompottschalen Diamantmuster, 95er
- Salatschalen Pressmuster... 3.95 4.95
- Butterdosen Pressmuster, verschied. Formen ... 3.95
- Wasserflaschen ... 3.95
- Likörfflaschen ... 2.95
- Honiggläser mit Deckel ... 50er
- Senfgefäße schweres Pressmuster ... 1.45

- Kaffeetasse mit Untertasse, Goldrand 2.95
- Kinderkrassen mit Untertasse, reich dekoriert ... 1.95
- Kaffeeteller dekoriert ... 76er 1.45
- Zuckerdose m. Deckel, Rosenmuster 3.25
- Milchtöpfe Rosenmuster ... 2.95 3.25
- Bratenplatten oval ... 1.90 2.75
- Gemüseschüssel tief oder flach 3.95
- Carlsbader Kaffeetrichter mit Filter 4.50

- Obertassen weiss ... 1.75
- Obertassen bunt ... 2.65
- Vorratstonnen mit Deckel, bunt dekoriert ... 5.50
- Salz- od. Mehlmesien bunt dekoriert 8.75
- Essig- od. Oelflaschen weiss oder bunt ... 1.95
- Kaffeeteller ... 95er 1.25
- Satz Schüsseln weiss, 6-teilig 14.75
- Satz Schüsseln bunt, 6-teilig 18.75

- Fleischtopfe ... 9.50 10.75 13.75
- Schmortöpfe ... 9.50 14.75 18.50
- Kasserollen mit 2 Griffen 3.45 4.25 5.75
- Bratpfannen mit Stiel 6.95 7.50 8.75
- Maschinentöpfe ... 6.75 8.75 9.75
- Waschtöpfe ... 34.50 42.50 49.50
- Küchenschüsseln .. 3.25 5.25 6.75
- Milchkannen mit Bügel 4.50 5.75 7.50

## Wirtschafts-Artikel

- Schrubber ... 7.50 8.50
- Klosettbürsten ... 2.75 3.75
- Teppichhandfeger .. 14.75 16.50
- Beshaarbesen ... 27.50 31.50
- Schneerbürsten ... 2.75 3.95
- Waschbretter mit Zinkeinlage .. 12.75
- Wäscheklammern . Schock 2.45 3.75
- Kleiderbügel ... 35, 50er

- Putzkommoden ... 46.75 65.00
- Eckbretter ... 2.25
- Putz- oder Wickskasten 5.95 7.95
- Fussbänke ... 6.35 7.35
- Endrollenhalter ... 7.50 8.50
- Handtuchhalter ... 7.50 9.50 13.50
- Messerkästen ... 5.75 7.95
- Quirbretter ... 1.95 2.45

- Briefkästen ... 4.75 7.50
- Gebäckkasten ... 3.50
- Brühsiebe ... 5.50 7.50 9.50
- Seammel- oder Zwiebelkästen 9.50
- Brotboxen ... 15.50
- Brotschneidemaschinen ... 49.50
- Tafelwagen ... 95.00 175.00 225.00
- Waschständer ... 14.95 19.75

- Waschtische ... 45.50 87.50
- Esslöffel Aluminium ... 2.95 3.50
- Teelöffel Aluminium ... 1.75 1.95
- Essgabeln Aluminium ... 2.95 3.50
- Tischbestecke ... Paar 19.50 24.50
- Küchenmesser ... 1.75 2.95 2.95
- Hackmesser ... 15.50 17.50
- Küchenbelle ... 17.50 22.50

JANDORF JANDORF

**Empfehle mich den werten Genossen u. Genossinnen**  
**Anfertigung von eleganter Damengarderobe**  
 elegantier Herrengarderobe.  
 Solideste Verarbeitung. — Tadelloser Sitz.  
 Umarbeiten, Wenden und Reparaturen werden aufs sorgfältigste ausgeführt.  
**Wilhelm Lemke Nchf. Hans Hauser**  
 Stoffische Straße 22.

**Spezialarzt Dr. Elpern**  
 Haut- und Geschlechtsleiden, Hautkrankheiten  
 Or. Frankfurter Str. 37  
 (Strandweg Nr. Ecke Weisk.)  
 9-12, 4-5 Sonntag 9-12

**Spezialarzt Dr. med. Laine**  
 Haut- und Geschlechtsleiden, Hautkrankheiten  
 Königsplatz 34-36  
 9-12, 4-5 Sonntag 9-12

**Prozesse, Pat. Marken, etc.**  
 Pat. Marken, etc. Pat. Marken, etc.  
 Königsplatz 43  
 Besucht. Mitw. ausst. Juchst. Inst. II Versteigerung

**Wetura-Institut**  
 Blichardplatz 3 (direkt am Hallischen Tor)  
 9-12, 4-5 Sonntag 11-1  
 Nachmittags 2-5

**Spezial-Arzt Dr. med. Lösser**  
 Rosenhauer Straße 60-70, 9-1, 4-5, Sonntag 10-1

**Zähne** von 5 Mk. an  
 Kronen von 50 Mk. an  
 echter Friedenskausch  
**Zahnarzt Robert Brunnenstr. 1**  
 Sprechstunden: Wochentags v. 9-7, Sonntag v. 9-12

**Firnis, Oele**  
 Malerfarben, etc.  
 Winkler, Straße 17

**Tätowierung**  
 unter Aufsicht des Arztes  
 Winkler, Straße 17

**!!! Geld !!!**  
 für jede Wäsche  
 Winkler, Straße 17

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
 Berlin O. 112, Nicker Str. 71-73  
 gute preiswerte Möbel-Einrichtungen  
 in jeder Preislage.  
 Ganz besonders große Auswahl in  
 Schlaf-, Spise-, Wohn- u. Herrenzimmern.  
 Jedem Geschmack entsprechend.  
**154 Musterräume**  
 Lagerräume: 6000 q-Meter gross  
 Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

**Dr. med. Karl Reinhardt**, Potsdamer Str. 117  
 Sprechst. 12-2, 16-18 Uhr abends, Sonntag 11-1 Uhr  
**Spezialarzt Haut- u. Geschlechtsleiden**  
 Harn- u. Blutuntersuchungen.  
 Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im versch. Kaveri gegen Entlohnung v. M. 1.50

**Beinleiden**  
 eizene Füße, Flechten, Venenentzündungen, Hautjucken, alte Wunden, Haemorrhoiden, Hautleiden, wunde u. rissige Haut, Pickel, Nervenschmerzen, etc. heilt selbst L. d. hantakleinst. Pflaster  
**Dr. med. Lösser**  
 Rosenhauer Str. 60-70, 9-1, 4-5, Sonntag 10-1

**Zähne von 4 M.**  
 Erstklassige Ausführung! 5 Jahre Gar. Plomben!  
**Zahnarzt W. Hoff**, Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechst. 9-7

**Photoapparate**  
 Ankauf, Tausch  
 Photo-Steckkolonnen  
 W. O. Potsdamer Str. 125

**Achtung Zahnleidende!**  
 Lassen Sie sich nicht irreführen durch  
**schreiende Reklame.**  
 Reelle gute Bedienung finden Sie in der  
**Zahnpraxis Humboldt**  
 Bernauer Str. 40/41, Ecke Swinemünder Str.

**Möbel**  
 Windherst,  
 25 Mariannestr. 25  
 15 Cottbusser Str. 15  
 1001 an der Berliner Str.

**Zähne naturgetreu**  
 wie echte.  
 Friedenskausch, bestes Material, pro Zahn  
 von 6.- Mark an. Keine Kriegsware.  
**Spezialist: Kronen von 50.- Mark an.**  
 Teilszahlung gestattet. Garantie 5 Jahre.  
 Schonendste Behandlung, speziell für Kranke und Nervöse.  
**Max Fabian, Dentist**  
 Neue Königstr. 38 I. 2. Mi. von Alexanderpl.

**Ankauf, Tausch und Verkauf von Elektromotoren**  
 aller Art,  
 sowie Lieferung sämtlicher  
**Transmissionsteile**  
 mit oder ohne Montage.  
**Heinrich Schöttler**  
 Ingenieur,  
 Berlin NW 6,  
 Schillerstr. 14  
 Fernruf: Amt Norden 104 21.

**Jetzt:**  
 Übergangsmäntel 86, 115, 190, 270, 415  
 Impr. Mäntel 198, 245 Impr. Seidermäntel 375, 525  
 Pracht-Kostüme 156, 275 Modell-Kostüme 490, 745  
 Sportjacken, Trikotgewebe mit bunten Kreisen. 68, 126  
 Kunstseidene Strickjacken 325, 495  
 Röcke, gute Stoffe 44, 66, 87, 136  
**Wäster jetzt sehr billig!**  
 86, 148, 250, 390  
 Plüschmäntel 1200, 1800, 2400, 3000 Pelzmäntel 2400, 3000, 5000

**Spezial-Arzt**  
 für alle Geschlechtskrankheiten.  
 Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Solvarsan-Ker.  
 Behandlung schnell, sicher, ohne Desinfektion. Mäßige Preise.  
**Dr. med. Lösser**, Sprechstunden 10-1, 4-7, 9-12  
**Brunnenstr. 185, (Rosenth. Platz.)**

**Spezial-Behandlung**  
 v. Geschlechts, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete,  
 hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Solvarsan-Kern,  
 Urin- und Blutsuntersuchung, Licht- und Finzen-Behandlung,  
 Elektr. Durchleuchtung, Bestrahlung, Getreide-Wartung  
 für Damen und Herren. **Acryllische Heilmittel.**  
**Lösser, Münzstr. 9, 9-1, 4-5, Sonntag 9-1**

**Spezialarzt Dr. med. Hollaender**  
 Berlin W8 Frankfurt a. M.  
 Leipziger Str. 108 Brentanostr. 66  
 Hamburg Kolonnaden 26  
 Sprechstunden: 11-1 vorm., 5-7 abend., Sonntag 11-1.  
 Aufklärende Broschüre Nr. 14 M. 2.50 (Nachn.)

**Alte Zahngebisse**  
**Platin, Brennpitzen, Kontakte, Tiegol usw.**  
**Goldbruch + Silberbruch**  
 kauft zu höchsten Tagespreisen  
**A. Unger**  
 Alte Schönhauser Str. 14-16, Uhren-Laden

**Für eigenen Bedarf**  
 beste Nähmaschinen, Garas sowie  
 sämtl. Patente, auch gute  
 Stoffe. Zahlb. höchste Preise.  
**Allweib, Schneidermeister**  
 Köpenickallee 12. Stock.  
 Telefon: Hamburg 720.

**Gardinenhaus**  
 Tische großer Stoffe, Gardinen, Vorhänge von 70 Stk. an,  
 Sammetvorhänge, 2 Sammet, 1 Sammet von 60 Stk. an,  
 feine Blusenstoffe in allen Farben, Stoff, Blusen-  
 geräte, Socke und Strümpfe mit Hand-Stricken,  
 etc. mit Zubehör.  
**Teppiche - Läufer**  
 Spezialität: Allerhand Wäsche  
 etc. Billige Reparatur für Bekleidungs-  
 etc. Billigung ist unser Ziel.  
**Fried. Berlin, Pringensstraße 84**  
 am Hauptplatz. Zeit haben. 7 Treppen.

**Gegründet 1894**  
**Barren sparen Geld**  
 Ankauf, Verkauf  
 von allen  
 • Frühjahrs-Bekleidung •  
 • Covercoat-Paläto •  
 60, 120, 175, 200, 250, 300, 375 M.  
 Kostüme,  
 imprägn. Goldschmiedel,  
 Sporthosen,  
 schwarze Tuchmäntel,  
 Ankauf - Verkauf  
 Ecken, Mäntel und  
 Mäntel - Pelzwaren  
 Röcke, 45, 65, 85, 120, 150 M.  
 Wollmäntel 120, 150, 200 M.  
 Mäntel, etc.  
**Max Rosenthal, Kaufmann**  
 durch den Haus-  
 Eingang über den Laden.  
 Besondere Teilspreisen!

**Meine großen Möbel-Läger**  
 mit Speisestimmern, Servierstimmern, Esstisch-  
 stimmern, Leder- und Stoffstimmern, Plüsch-  
 stühle, Truhen, Schränke, Vertikale, komplexe  
 Möbelleinrichtungen etc. haben im reichsten Aus-  
 wahl Lagerung in der Brunnenstr. 7, 8 u. 180,  
 nahe Kolonnaden Platz, 11  
**Möbel-Lechner** Hauptkassens  
 Brunnenstr. 7  
 9-12, 4-5

**Elektrische Leitungsdrahte**  
 Kabel - Litzen  
 Dynamometer, etc.  
**Silbermann**  
 Neue Köpenickallee 22  
 Fernruf: Amt 2113

**Westmann**  
 1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a  
 2. Geschäft: Berlin NW, Gr. Frankfurter Str. 115  
 Täglich bis 7 Uhr geöffnet.  
 Sonntags geschlossen!